

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

# ROTER MORGEN



Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 36 vom 5. September 1980

14. Jahrgang

1 DM

Hamburg: 16jähriger Lehrling

## Von der Polizei in den Tod gejagt

Anti-Strauß-Demonstrant starb nach Polizei-Einsatz

HAMBURG. — Vor dem S-Bahnhof Sternschanze steht seit einer Woche eine Gedenktafel, die von Kränzen und Blumen geschmückt ist. Am Samstag fand hier eine Trauerkundgebung statt. Tafel und Kundgebung gelten dem Tischlerlehrling Olav Ritzmann. Er wurde nur 16 Jahre alt. Am vergangenen Freitag erlag Olav in einem Hamburger Krankenhaus seinen Verletzungen — Opfer eines brutalen Polizei-Einsatzes gegen Anti-Strauß-Demonstranten.

Es war am vorletzten Wochenende, als 40 000 Demokraten in der Hansestadt gegen einen Wahlauftritt des Kandidaten demonstrierten. Ein Teil der Demonstranten hatte sich hier, vor dem Bahnhof, zu einer kurzen Kundgebung versammelt. Als diese Aktion schon beendet war und die Demonstranten zu den Gleisen strömten, erfolgte der Polizeieinsatz. Gasgranaten wurden in die Bahnhofshalle, mitten unter die wehrlose Menge feuert. Panik entstand. Bei der Flucht über die Treppe — die dann auch noch unter Beschuss genommen wurde — auf den Bahnsteig geriet Olav Ritzmann auf die Schienen und wurde von einem S-Bahnwagen erfaßt.

„Das erste Opfer auf dem Weg von Strauß ins Kanzler-

amt“ — so nennt eine Erklärung der Hamburger VOLKSFRONT den Tod des Lehrlings. Mit rücksichtsloser Gewalt hat die Hamburger SPD-Polizei Strauß den Weg für seine Hetzveranstaltung freigezogen. So ist vor einigen Jahren in Westberlin dem Schah der Weg gebahnt worden — der Student Benno Ohnesorg blieb dabei auf der Strecke; von einer Polizeikugel getötet. Wo immer die reaktionäre Politik dieses Staates gegen die Massen durchgesetzt wurde, waren die Kommandos der Polizei zur Stelle — mit Pistolen, Knütteln und Gasgranaten. Und die Reihe der Opfer ist lang. Sie reicht von Philipp Müller bis zu Benno Ohnesorg; von Günter Routhier bis zu Olav Ritzmann.

Wer wird der nächste sein?

Wieder ein Anti-Strauß-Demonstrant? Oder ein streikender Arbeiter? Wenn wir nicht wollen, daß sich die Kette der Opfer endlos weiter fortsetzt, muß ein entschiedener Kampf gegen die terroristischen Polizei-Einsätze geführt werden. Vor allem müssen wir mit aller Kraft verhindern, daß das sogenannte einheitliche Polizeigesetz durchgeführt und damit die Polizei noch weiter mit schweren Waffen ausgerüstet wird.

In Hamburg hat die VOLKSFRONT jetzt gefordert, daß der von Demokraten gebildete Untersuchungsausschuß zum Tod von Olav Ritzmann Einsicht in alle Unterlagen erhält und daß die Verantwortlichen für seinen Tod unnachsichtlich bestraft werden.

Todeskommando der Grauen Wölfe

## Neues Opfer des faschistischen Mordterrors Die Grauen Wölfe müssen endlich verboten werden!

AACHEN. — Mehrere Tausend Antifaschisten demonstrierten am Samstag in Aachen gegen die türkische Faschistenbande Graue Wölfe. Ein Todeskommando dieser Bande hatte einen jungen Arbeiter in seiner Wohnung überfallen, an Händen und Füßen gefesselt, gefoltert und bestialisch ermordet.

Es war der zweite faschistische Mordanschlag binnen einer Woche in der Bundesrepublik. Tage zuvor hatten braune Terroristen in Hamburg einen Vietnamesen mit einer Brandbombe umgebracht.

Antifaschisten aus der Türkei wiesen darauf hin, daß der Aachener Mord exakt nach dem gleichen Muster ausgeübt wurde, wie es in der Türkei selbst inzwischen Gang und Gäbe ist. Dort fallen Tag für Tag Demokraten und Antifaschisten den Mordanschlägen der Grauen Wölfe zum Opfer. Diese Banditen haben auch in un-

serem Land schon gemordet. Bislang jedoch haben sie ihre Opfer im Verlauf von Auseinandersetzungen umgebracht, die von den Faschisten provoziert worden waren.

Der Aachener Fall zeigt, daß jetzt auch in der Bundesrepublik Todeskommandos der Grauen Wölfe unterwegs sind. Angesichts dieser Tatsache ist es ein unerträglicher Skandal, daß der Bonner Staat bisher nicht den geringsten Schritt unternommen hat, um die Mordbanden zu verbieten, aufzulösen und die Mörder zu bestrafen. (Siehe auch Seite 2).

## Sieg der polnischen Arbeiter

Nach einem mit beispielloser Geschlossenheit geführten Streik, der mehr als zwei Wochen andauerte, haben die polnischen Arbeiter einen großen Sieg errungen. Die revisionistische Führung, von dem machtvollen Kampf an die Wand gedrückt, mußte in nahezu allen Punkten nachgeben.

Ende der letzten Woche hatte sich der Streik noch einmal dramatisch zugespitzt und auf das Land ausgedehnt. Ein deutliches Zeichen dafür, daß die ganze polnische Arbeiterklasse hinter den Forderungen der Kollegen von der Ostseeküste steht. Erreicht wurden jetzt wichtige ökonomische Verbesserungen wie etwa Lohnerhöhungen, positive Veränderungen in der Lohnstruktur und die Zusage auf Verbesserung der Versorgung mit Lebensmitteln.

Noch entscheidender jedoch sind die politischen Kampferrfolge, unter denen die jetzt von der Regierung zugestandene Bildung unabhängiger Gewerkschaften herausragt. Mit der Wiederherstellung des Kapital-



Antikriegstag 1980

An den zahlreichen Kundgebungen und Demonstrationen zum diesjährigen Antikriegstag nahmen auch Soldaten in Uniform teil (unser Bild: Kundgebung an der Gedenkstätte in Stukenbrok). 5 000 junge Gewerkschafter kamen zur Antikriegstags-Veranstaltung der Gewerkschaftsjugend NRW in Düsseldorf. Die Redner Klaus Peter Henning und Georg Benz verurteilten die weltweite Hochrüstung. Konkrete Schritte im Kampf für den Frieden wiesen Transparente der VOLKSFRONT, die im Saal ausgehängt waren. Zum Beispiel: „BRD raus aus der NATO!“ Unsere Partei nahm den Antikriegstag zum Anlaß, um in mehreren Veranstaltungen ihren Friedensplan vorzustellen.

Drohungen in mehreren Städten

## Neue Einschüchterungsversuche gegen VOLKSFRONT-Wahlkampf

ESSEN. — Der Bundesgeschäftsführer der VOLKSFRONT gab am 1. September bekannt, daß am letzten Augustwochenende abermals, in verschiedenen Städten, mit Drohungen von Polizei und Staatsanwaltschaft versucht wurde, den Wahlkampf der VOLKSFRONT zu behindern.

So beschlagnahmten in Castrop-Rauxel und Bremerhaven Polizisten „vorsorglich“ zwei neu geklebte Plakate, als eventuelles Beweismaterial im Falle neuer gerichtlicher Schritte, auch gegen diese Plakate.

Die Staatsanwaltschaft von Hannover drohte einem weiteren Plakat der VOLKSFRONT mit dem Titel „Nie wieder Faschismus“, das als Bild die gezeichnete Wiedergabe eines Fotos (!) zweier Polizisten, die einen Mann abführen, hat, die Verfolgung wegen Paragraph 90a, Verächtlichmachung des Staates an. Und zwar weil dort die Polizei im Zusammenhang mit Faschismus, Berufsverbot usw. genannt sei, was im Falle des Verbreitens dieses Plakates eine Verächtlichmachung bedeuten würde.

Offensichtlich ist es so, daß

man jetzt versucht, indem alle Plakate mit Beschlagnahmung bedroht werden, die Mitglieder der VOLKSFRONT zum politischen Rückzug, zum freiwilligen Verzicht auf die Verbreitung ihrer politischen Losungen zu bewegen. Ein Versuch, der scheitern wird.

Daß es sich dabei um geplantes Vorgehen handelt, zeigt auch eine Begebenheit aus Köln: Als Mitglieder der VOLKSFRONT beschlagnahmte Plakate mit der Stierkarikatur über Strauß abholen wollten, teilte ihnen ein Polizist mit: für den Fall, daß sie die Absicht hätten, dieses Plakat mit dem Polizeiplakat zu überkleben, würden dies erneut Maßnahmen nach sich ziehen. In Köln selbst waren diese Plakate bis dahin gar nicht bekannt.

## Diese Woche

Interview mit Ulrich Leicht

Der Geschäftsführer der VOLKSFRONT spricht über die schwere Wahlbehinderung durch die Beschlagnahmeaktion gegen VOLKSFRONT-Plakate. Seite 3.

IGM-Gewerkschaftstag.

Vom 21. bis 27. September tritt in Westberlin der Gewerkschaftstag der IGM zusammen. Eine kritische Würdigung der vorliegenden Anträge auf Seite 4.

Antikriegstags-Flugblatt verboten.

Wieder ein Fall von Zensur der gewerkschaftlichen Propaganda durch die DGB-Führer. Seite 5.

Friedensplan der KPD.

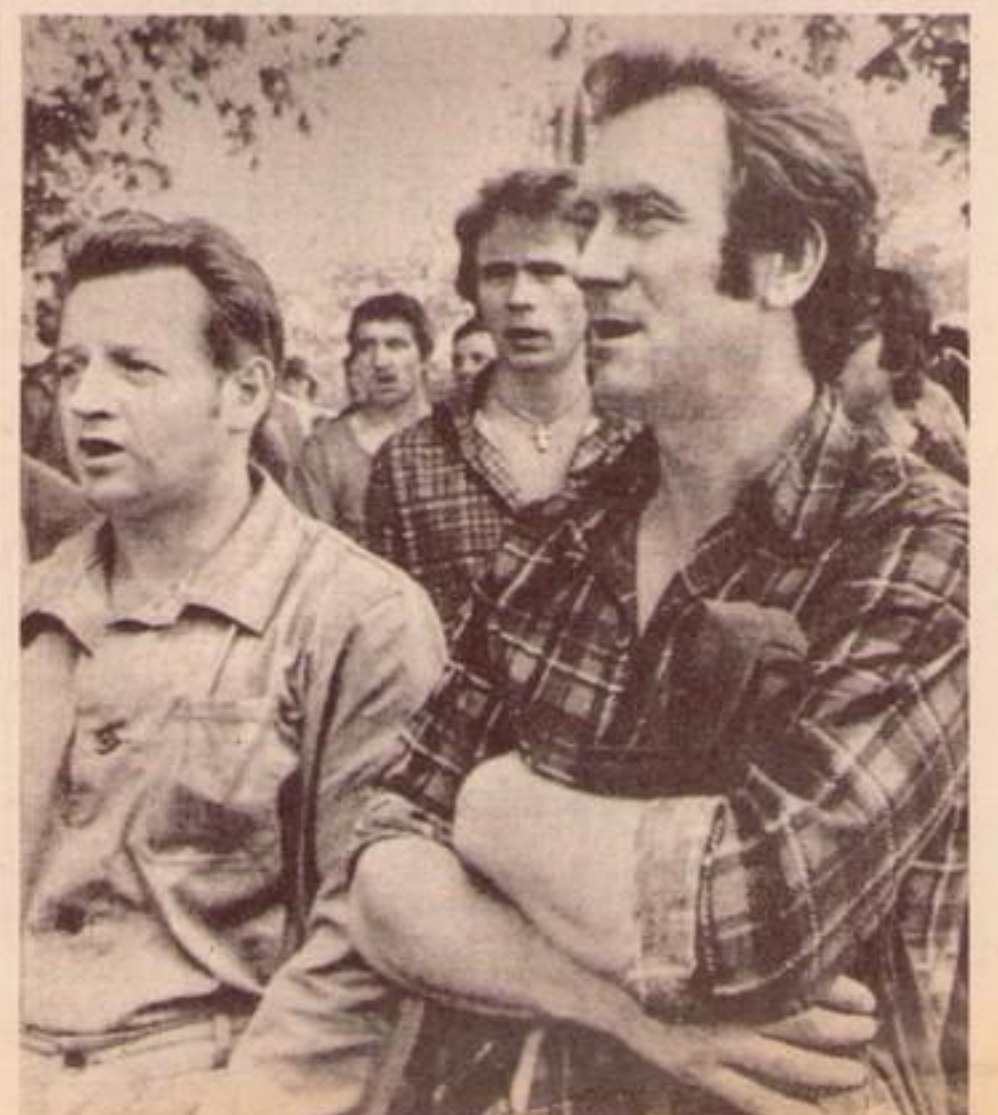
Veranstaltungen zum Friedensplan wurden in verschiedenen Städten durchgeführt. Seite 6.

EG-Arbeitslosigkeit auf Höchststand.

Noch niemals seit Bestehen der Europäischen Gemeinschaft war die Zahl der Arbeitslosen so groß wie heute. Näheres auf Seite 11.

Kriegsmarine bricht Fischerstreik.

Zur gleichen Zeit, wo die reaktionären Medien in unserem Land voller heuchlerischer Solidarität mit den polnischen Arbeitern waren, setzte die französische Regierung ihre Kriegsmarine gegen die streikenden Fischer ein. Seite 11.



## Erklärung des Politbüros der KPD

Der Bundestagswahlkampf ist in seine sogenannte „heiße Phase“ getreten. Immer mehr Werktätige nehmen aktiv am Kampf gegen die Kanzlerkandidatur des Erzreaktionärs Franz Josef Strauß teil. Die Reaktion antwortet mit Terror.

In Hamburg gab es den ersten Toten auf dem Wege von Franz Josef Strauß zur Macht. Mit einem, in der Nachkriegsgeschichte der deutschen Bundesrepublik beispiellosem Wahlterror reagiert die herrschende Klasse auf die Wahlbeteiligung der von der Partei unterstützten VOLKSFRONT gegen Reaktion, Faschismus und Krieg.

Fortgesetzte, willkürliche, bundesweite und örtliche Beschlagnahme von Stellschildern und Wahlplakaten der VOLKSFRONT gehen einher mit überfallartigen Hausdurchsuchungen und Festnahmen. Schon konfiszierten Polizisten Stelltafeln auf denen F.J. Strauß als Gewerkschaftsfeind Nr. 1 bezeichnet wird. Parallel zu den offiziellen Beschlagnahmeaktionen zerstören — unbehelligt von der Polizei — fanatisierte, faschistische Hilfstruppen des Herren Strauß in rasender Wut die noch nicht beschlagnahmten Wahlplakattafeln der VOLKSFRONT und greifen Wahlhelfer mit Stahlruten und Totschlägern an.

Die Front der Reaktion, die hier zum Angriff auf die fortschrittlichen, friedliebenden und demokratischen Kräfte unseres Volkes angetreten ist reicht von der CDU/CSU bis zur SPD.

In dieser Situation unternimmt die DKP-Führung einen hinterhältigen Versuch, die demokratische Bewegung zu spalten. Sie sieht in dem Plakat der VOLKSFRONT eine Provokation. Ist es eine Provokation, wenn ein Plakat die Gefahr, die von Strauß und seinen Hintermännern für unser Volk ausgeht, ins Bewußtsein der Menschen rückt, wenn klar ausgesprochen wird, daß diese Gefahr Reaktion, Faschismus und Krieg heißt? Will die DKP-Führung den Demokraten und Antifaschisten unseres Landes verbieten, die Wahrheit zu sagen, so wie sie ihrer Jugendorganisation, der SDAJ, verboten hat, die richtige Lösung „Strauß und Mannschaft rüsten fleißig für ein neues 33“ zu verbreiten? Wer Strauß heute nützt, indem er die konsequentesten Gegner der schwarzbraunen Reaktion als Provokateure verleumdet, wird morgen mit Sicherheit zu Recht in der demokratischen Bewegung isoliert sein.

Der Grund für diese hektischen und terroristischen Aktionen der Bourgeoisie und der berufsmäßigen Spalter der Arbeiterklasse ist die Befürchtung, daß es gelingen könne über Partei-, Organisations- und Religionszugehörigkeit hinweg eine Einheitsfront, eine Front des Volkes im Kampf gegen die Reaktion, die zunehmende Faschisierung und den drohenden Krieg zu schaffen. Sie wissen, daß solch eine Front sehr wohl in der Lage wäre, den Abbau der demokratischen Rechte des Volkes zu stoppen, der Kriegsgefahr zu begegnen und günstige Voraussetzungen für die Beseitigung des Systems der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen zu schaffen. Deshalb ihre aus der Furcht geborenen antidemokratischen Polizei- staatsaktionen.

Unsere Genossen antworteten bereits auf das terroristische Vorgehen der Bourgeoisie mit verstärktem Einsatz zur Unterstützung des Wahlkampfes der VOLKSFRONT. Das Politbüro der Partei begrüßt diese Aktivitäten und ruft jede Genossin, jeden Genossen auf, seine Anstrengungen in den nächsten vier Wochen des Wahlkampfes noch zu steigern. Kein Stellschild, das nicht gestellt, kein Flugblatt, das nicht verteilt, kein Plakat, kein Kleber, die nicht geklebt werden. Antworten wir dem Terror der Bourgeoisie mit dem massiven Einsatz unserer Kräfte. Klären wir die Kollegen, Freunde, Nachbarn auf über den Charakter des Staates in dem wir leben. Sammeln, spenden wir, um den Riesenschaden, den der Wahlterror der VOLKSFRONT kostet, aufzufangen. Propagieren wir unermüdlich, trotz Anfeindungen und Provokationen den Zusammenschluß aller Kräfte des Volkes im Kampf gegen Reaktion, Faschismus und Krieg!

Politbüro der KPD

am 1. September 1980

### Der deutschen Unternehmer liebste Kind



Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postcheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Andernfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Ankabos.

## Faschistischer Terror fordert Todesopfer

# Todeskommandos unterwegs

Ein junger Arbeiter wird in seiner Wohnung tot aufgefunden. An Händen und Füßen gefesselt, gefoltert und mit zwanzig Messerstichen brutal ermordet. Ein faschistisches Todeskommando hat zugeschlagen. Eine solche bestialische Menschenjagd — wir kennen sie aus den Diktaturen Lateinamerikas.

Der Arbeiter Kalip Saltan aber ist in Aachen erstochen worden. Seine Mörder sind mitten unter uns. Das Todeskommando geht seinem blutigen Geschäft in diesem Land nach.

Kalip Saltan mußte sterben, weil er Antifaschist war. In der gleichen Woche verbrennt in Hamburg ein junger Vietnameser bei lebendigem Leib. Er mußte sterben, nur weil er Ausländer war. Ein faschistisches Todeskommando hatte zugeschlagen und sein Zimmer in Brand gesetzt.

Zwei Menschen sind binnen einer Woche Opfer der faschistischen Kommandos geworden, die mit Messern und Brandbomben gemordet haben. Und fast so erschreckend wie diese Verbrechen selbst ist die Reaktion der Hüter des „demokratischen Rechtsstaates“ darauf. Da gibt es keinen allgemeinen Aufschrei der Empörung wie in den Tagen, als Buback und Ponto starben. Da wird vielmehr verschwiegen, vertuscht und heruntergespielt. Im Hamburger Fall sprechen Regierung und Presse von „Wirkköpfen“ und gehen überdies schnell wieder zur Tagesordnung über: der breitausgewalzten Kampagne gegen Hamburger oder Bremer „Krawalle“, dem endlosen Hickhack zwischen SPD und CDU über Teilnahme oder Nichtteilnahme der Jusos an der „Volksfront“ gegen Strauß. Der Brandanschlag ist schon längst kein Thema mehr, der Aachener Mord ist es nie gewesen. Er wurde schlicht totgeschwiegen.

Und wie steht es mit den Ermittlungen der Polizei? Großfahndung, Razzien, Verhaftungen wie damals bei Buback, Ponto und Schleyer? Fehlanzeige! Nichts geschieht. Und dabei haben die Mörder dreist ihre überdeutlichen Spuren gelegt. „Ausländer raus!“ schmierten sie an das Wohnheim, in dem der junge Vietnameser verbrannte. „Ausländer raus“ — das ist die hetzerische Losung der faschistischen NPD. Aber weder Staatsanwälte noch Polizisten sind den braunen Hetzern in ihrer Zentrale auf den Leib gerückt. Sie waren stattdessen unter anderem damit beschäftigt, die antifaschistischen Aktivitäten der VOLKSFRONT zu unterdrücken. Die NPD dagegen hat in der vergangenen Woche auch noch den offiziellen Segen für ihre Wahlbeteiligung bekommen. Unter der gleichen Parole, mit der in Hamburg gemordet wurde, kann sie nun die Straßen und Plätze unserer Städte mit ihren Wahlkundgebungen verpesten.

Der Aachener Mord trug die Handschrift der Grauen Wölfe. Und unmittelbar nach diesem Attentat wurde die Existenz einer Todesliste der türkischen Faschisten bekannt, auf der unter anderem auch zwei WDR-Redakteure und ein Mitarbeiter der IGM-Zeitung „Metall“ stehen. Abgeschickt wurde diese Liste im Frankfurter Hauptquartier der „Türk-Federation“. Und das ist nicht etwa ein illegales Bandennest. Von hier aus steuern faschistische Führer, die selbst in der Türkei wegen terroristischer Delikte ver-

folgt wurden, ganz legal und von der Polizei unbehelligt die Mordaktionen der Grauen Wölfe.

Was muß in diesem Land noch geschehen? Sollen wir hinnehmen, daß die Todeskommandos sich das nächste und übernächste Opfer suchen? Der Bonner Staat hat seine Antwort schon gegeben. Er hält die schützende Hand über die faschistischen Mordbanden. Inmitten des Parlaments sitzen Faschistenfreunde wie der CDU-Abgeordnete Schwarz, der erst im vergangenen Jahr vertrauliche Gespräche mit dem Chef der Grauen Wölfe, Türkes, führte. Aber auch die SPD-Regierungen in Bund und Ländern lassen die ihnen unterstehenden Polizei- und Geheimdienstapparate zwar Jagd auf Demokraten und Antifaschisten machen. Die braunen Terroristen dagegen müssen auch von ihnen keine Verfolgung fürchten.

Wenn es nach den Staatsorganen der Bourgeoisie ginge, dann könnte sich schon das nächste Todeskommando auf den Weg machen, um die Feinde der bürgerlichen Klassenherrschaft einzuschüchtern oder auch zu liquidieren. So weit dürfen wir es nicht kommen lassen. Zwei Opfer des faschistischen Terrors sind schon zuviel. Die demokratischen und antifaschistischen Kräfte in unserem Land, vor allem die Gewerkschaften, müssen jetzt mit allem Nachdruck für die Forderung kämpfen:

**Verbot aller faschistischen Organisationen!**

## Strauß beschimpft Demonstranten als „Terroristen“

# Wahlkampf mit Schaum vor dem Mund

CDU richtet „Hilferuf“ an Washington

MANNHEIM. — Für Franz Josef Strauß ist die kurze Zeit des „Kreidefressens“, in der er sein demoliertes Ansehen mit liberalen Sprüchen — etwa in Sachen Mitbestimmung — aufpolieren wollte, endgültig vorbei. Er ist wieder der alte: der maßlose Hetzer und Verleumder; der Mann, über den der Altliberale Reinhold Maier im Bundestag sagte: „Wer so spricht, der schießt auch.“

Auf einer gemeinsamen Veranstaltung von CDU und CSU am Wochenende in Mannheim geiferte Strauß gegen die nach Zehntausenden zählenden Demokraten, die in den letzten Wochen gegen seine Auftritte demonstriert haben. Diese Leute würden „Terror“ ausüben, sagte Strauß, sie seien mithin „Terroristen“. Solche Beschimpfungen kommen von einem Mann, der seit langem als Faschistenfreund, als Partner der blutigsten Terroristen unserer Zeit bekannt ist. Der den Putsch-General Pinochet als Verteidiger der Freiheit feierte und sich zu vertraulichen Gesprächen mit dem Massenmörder Türkes, dem Chef der Grauen Wölfe, traf.

Man sollte angesichts dieser Straußschen Hetze nicht in den Fehler verfallen, der SPD und der von ihr beeinflussten Presse zu glauben, die solche Sprüche als pure Kraftmeierei hinstellen wollen. „Wer so spricht, der schießt auch.“ Und Strauß hat beispielsweise als Mitglied des großen Krisenstabes nach der Schleyer-Entführung ja deutlich gemacht, wie nach seiner Meinung mit „Terroristen“ umzugehen wäre: kurzer Prozeß,

Standgericht.

Die maßlose Hetze der Strauß-Partei macht inzwischen auch vor dem linken Flügel der SPD nicht mehr halt. Der Fraktionsgeschäftsführer dieser Partei, Jenner, nannte in der vergangenen Woche die SPD-Bundestagsabgeordneten Thüsing, Hansen und Coppik „Kommunisten“. Was im Sprachgebrauch der Strauß-Leute ja das gleiche bedeutet wie Landesverräter, Agenten Moskaus, oder eben Terroristen.

Diese Leute wollen in unserem Land ein Klima der Angst schaffen. Sie wollen den Eindruck erwecken, als bereiteten all die demokratischen Kräfte, die heute aktiv gegen Strauß auftreten, unmittelbar eine Machtübernahme des Kreml in der Bundesrepublik vor. Einmalig in der Geschichte Westdeutschlands ist in diesem Zusammenhang der „Hilferuf“, mit dem sich in der vergangenen Woche 90 Bundestagsabgeordnete der Strauß-Partei an den großen Bruder in Washington wandten. Darin hieß es unter anderem: „Die sich zu einer breiten Kampagne entfaltende Hetze gegen unseren Kanzler-

kandidaten Franz Josef Strauß wird von sowjetischen und kommunistischen Kräften gesteuert, aber auch von jenen in der Welt, die dem marxistischen Sozialismus näherstehen als Demokratie und Freiheit.“

An die amerikanische Supermacht ergoht die Aufforderung: „Wir bitten Ihre erhöhte Aufmerksamkeit für die Vorgänge auf dem europäischen Kontinent.“ Solcherart „Hilferuf“ kannte man bislang nur — mit umgekehrtem Vorzeichen — von den Vasallen Moskaus. Und niemand sollte daran zweifeln: Wenn es einmal hart auf hart in diesem Land stehen wird, werden auch die Strauß-Leute vom großen Bruder nicht nur „erhöhte Aufmerksamkeit“, sondern Waffenhilfe gegen das eigene Volk erfliehen.

Strauß und seine Kumpane lassen in der Endphase des Wahlkampfes die Maske wieder fallen. Dadurch aber wird einmal mehr deutlich, wie gefährlich die Politik der Abwiegelei, der heimlichen oder offenen Kumpanei mit Strauß, wie sie von der SPD-Führung betrieben wird, für unser Volk ist.



## Krabben-fischer-Streik mit Teilerfolg beendet

Der Streik der schleswig-holsteinischen und niedersächsischen Krabbenfischer wurde in der letzten Woche mit einem Teilerfolg beendet. Die Bundesregierung erklärte ihre Bereitschaft, den Krabbenfischern bei der Überwindung ihrer wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu helfen. Die Fischer, die über 133 Boote verfügen, waren seit dem 9. August nicht mehr zum Fang ausgelaufen.

Die Bundesregierung versicherte den Krabbenfischern, sich bei den EG-Fischereiverhandlungen für eine Verbesserung der Fischmarktorganisation einzusetzen und sagte finanzielle Hilfen für die Verbesserung des Absatzes von Krabben und Zuschüsse für die gestiegenen Treibstoffkosten zu. Eine Verbilligung des Treibstoffes ließ die Regierung dagegen aus grundsätzlichen Erwägungen ab.

Die Forderungen der Krabbenfischer waren: Ein staatlicher Zuschuß zum Dieselöl, dem Treibstoff der Kutter, ein Garantiepreis für ihre Fänge, eine Stillelegungsprämie für ihre Kutter, wie sie etwa für die sogenannte „quotierte Fischerei“ gezahlt werden, wenn festgelegte Fangquoten erreicht sind und die Kutterfischer deshalb nicht auslaufen können. — Die Regierung ist nur teilweise auf diese Forderungen eingegangen. Die Zusagen der Regierung berechneten „nicht zu Optimismus“, meinte ein Fischer.

Die Krabbenfischer waren in den Streik getreten, weil sie mit jeder Ausfahrt immer tiefer in die roten Zahlen geraten waren. Die Krabbenpreise deckten längst nicht mehr die Kosten.

Anfang August, sagen die Fischer, habe der Preis für ein Kilogramm ungeschälter Krabben noch bei 2,80 Mark gelegen. Eine Woche später sei er bereits auf 2,20 Mark gesunken. „Das hätte bedeutet, daß wir in der Hauptfangsaison, die im August beginnt und bis November dauert, bei dem stark wachsenden Angebot unter eine Mark pro Kilo gefallen wären. Der Preis für einen Liter Dieselöl aber liegt bereits bei 58 Pfennigen. Der hat sich verdoppelt, die Krabbenpreise aber sind ständig gesunken.“ Ein 250-PS-Dieselmotor verbraucht etwa 700 Liter Sprit am Tag.

Im Sommer fängt ein Kutter von zwanzig Meter Länge zwischen 200 und 300 Kilo Krabben auf einer Fahrt, im Herbst zur Hauptsaison sind es 1 000 bis 1 500 Kilogramm. Aber dann fallen die Preise in den Keller. Zusätzlich weisen die Krabbenfischer auf die wachsenden Lohnkosten für ihre Fischereihilfen, auf teurere Netze und Werftkosten hin. Trotz größerer Fangzahlen sank 1979 der Gesamtumsatz der Fischer gegenüber dem Vorjahr.

**Letzte Meldung: Brandanschlag in Hamburg forderte zweites Todesopfer.**

VOLKSFRONT-Wahlplakate beschlagnahmt

# „Wir haben den Angriff pariert...“

Interview mit Ulrich Leicht, Geschäftsführer der VOLKSFRONT, über die Polizeiaktionen gegen den Wahlkampf der VOLKSFRONT

Am 29. August führt ein Redakteur des „Roten Morgen“ das folgende Gespräch mit Ulrich Leicht über Hintergründe und Ergebnisse der Polizeiaktionen gegen die VOLKSFRONT, die eine Woche vorher begonnen hatten.

RM: Das erste Wahlplakat der VOLKSFRONT ist beschlagnahmt worden. Zum Zeitpunkt, als ihr eure Presseerklärung herausgegeben habt, war die offizielle Begründung noch nicht bekannt, inzwischen ist sie, auch in Zusammenhang mit der Hausdurchsuchung bei Dir, übergeben worden. Was wird da gesagt?

U.L.: Interessant bei der Begründung für die Beschlagnahme des Plakates ist, daß sie sich keineswegs nur gegen die Karikatur von Strauß als Stier wendet, wie wir zunächst annahmen. Es wird gesagt, daß die Karikatur im Zusammenhang mit der Parole „Stoppt Strauß — Gegen Reaktion, Faschismus und Krieg“ und dem Namen „VOLKSFRONT für Freiheit und Demokratie, Wohlstand und Frieden“ den Eindruck erwecke, der bayerische Ministerpräsident sei ein Reaktionär, Faschist und Kriegstreiber, der gegen Freiheit und Demokratie sei. Damit wird also nicht nur diese Karikatur angegriffen, sondern eigentlich die ganze VOLKSFRONT, ihre gesamte Politik. Das zeigte sich ja auch schon bei anderen, ähnlich gelagerten Prozessen, zum Beispiel die Parole „Wer Strauß wählt, wählt Reaktion, Faschismus und Krieg“ betreffend. Wir sagen damit ja nicht, daß der Faschismus da ist, wenn Strauß Kanzler wird. Was wir meinen, und bei weitem nicht nur wir allein, ist, daß es eine Weichenstellung ist, daß es einen Kurs aufzeigt, wenn ein Mann wie Strauß als Kanzlerkandidat aufgebaut wird. Hier soll gegen unsere zentrale Wahlaussage vorgegangen werden, gegen den Grund überhaupt für unsere Wahlteilnahme, daß wir gegen diese Entwicklung antreten, daß wir als einzige Partei, die sich an den Wahlen beteiligt, unseren Wahlkampf konzentriert gegen Strauß und die hinter ihm stehenden Kräfte führen, was die meisten gar nicht, andere sehr bescheiden tun. Diese Aktion, eine polizeistaatliche Aktion gegen uns, hat den Mitgliedern der VOLKSFRONT und anderen Antifaschisten und Demokraten die Augen geöffnet. Man sieht, was da auf einen zukommt. Die Polizeiaktionen wurden ja zunächst ohne irgendeinen gerichtlichen Beschluß durchgeführt, was ansonsten eigentlich nur in Fällen von Hoch- oder Landesverrat geschehen dürfte, laut Pressegesetz. Man kannte zum Beispiel schon die Maßnahmen in Bayern gegen Schüler, die Anti-Strauß-Plaketten trugen, aber eine solche zentralisierte Aktion des von der CSU beherrschten Apparates war neu. Und auch über Bayern hinaus, vor allem in den CDU-Ländern, im Raum Hannover etwa, wo es von jeher starke faschistische Kräfte gab, ist so gehandelt worden. Aber auch in der SPD-Stadt Dortmund wurden Staatsanwaltschaft und Gericht ohne direkte Aufforderung von sich aus tätig.

RM: Wenn Du gerade die SPD ansprichst: der bayerische SPD-Vorsitzende Rothemann hat sich von den Plakaten distanziert und gemeint, sie würden

Strauß mehr nützen als schaden — was meinst Du dazu?

U.L.: Deshalb werden sie wohl von Straußens Leuten beschlagnahmt, oder wie? Nein, Tatsache ist ja, daß die SPD keinen Kampf gegen Strauß führt und auch keinen will. Nicht zuletzt deshalb haben wir ja auch kandidiert, um den Demokraten unseres Landes eine Alternative zum „kleineren Übel“ Schmidt zu geben. Und wenn gesagt wird, dieses Plakat sei eine Pro-

Passanten sie auf das Überkleben angesprochen haben, das für Unrecht hielten.

RM: So daß man also direkt sagen kann, daß diese Polizeiaktionen die VOLKSFRONT, und nicht nur ihre Mitglieder, erst recht angespornt haben?

U.L.: Ja, genau das kann man aus voller Überzeugung sagen. Da gab es eine ganze Reihe von Demokraten, auch solche, die noch nicht Mitglieder der VOLKSFRONT sind, die sich



Ulrich Leicht, Geschäftsführer der VOLKSFRONT und Direktkandidat in Dortmund

vokation — im Beschluß des Dortmunder Amtsgerichts wird gesagt, es behaupte, die Politik von Strauß sei „animalisch begründet“ — so kann ich dazu nur sagen: Einmal ist es so, daß viele Menschen unseres Landes den Eindruck haben, Strauß als „stiernackig“ dargestellt, sei ganz richtig. Zum anderen was wichtiger ist: Wer provoziert denn? Wer beschimpft denn seine Gegner als Ratten und Schweißfliegen und alles mögliche Denkbare und Undenkbare? Wer, welcher Staatsanwalt, welcher Polizist geht denn dagegen vor? Die Kandidatur von Strauß selbst mit seiner bekannten Vorgeschichte ist ja schon eine Provokation für jeden Demokraten. Da verblaßt unser Stier richtig dagegen.

RM: Wie war denn das Ausmaß, der Umfang der Aktion, und wie hat sie sich auf die Arbeit der VOLKSFRONT und ihrer Mitglieder ausgewirkt?

U.L.: Es waren immerhin mehrere zehntausend Plakate, die da beschlagnahmt wurden, nach meinem augenblicklichen Überblick würde ich sagen rund 50 000. Aber, und das möchte ich in aller Deutlichkeit sagen und mich gleichzeitig bei allen Mitgliedern und Freunden, die sich beteiligt haben, bedanken, wir haben diesen Angriff pariert. Denn diese Schilder sind ja für uns, die wir von der Presse entweder ganz totgeschwiegen oder als obskurer Klüngel dargestellt werden, besonders wichtig. Wir haben uns bemüht, die Beschlagnahmung zu verhindern, wir haben das auch gegenüber den Behörden betont. Ohne, versteht sich, die Vorwürfe als berechtigt anzuerkennen, aber im Sinne unseres aktiven Wahlkampfes. Und Tatsache ist, daß wir bundesweit ein Mehrfaches der Zahl der beschlagnahmten Plakate neu überklebt haben, das Verbot bekanntgemacht haben. Dabei haben übrigens viele Freunde davon berichtet, wie

richtig vorbildlich verhalten haben. Sie haben einen Teil ihrer Freizeit geopfert, sind zu Ämtern gegangen, haben neu geklebt, haben mit Menschen gesprochen; all dies hat viel Wirkung gezeigt, der Wahlkampf ist ungebremst weitergegangen. Eine Zeitung aus Münster, das möchte ich hier als kleines Beispiel anführen, hat geschrieben, die VOLKSFRONT sei ein „KPD/ML-gesteuerter“ Laden, aber es sei erstaunlich, daß eine so kleine Gruppe bundesweit solche Aktivitäten tragen könne. Sollen sie nur staunen, sie werden noch mehr Grund dafür bekommen!

RM: Wenn Du gerade von einer Zeitung sprichst, wie ist denn die Presseberichterstattung jetzt, nach diesen Ereignissen?

U.L.: Nun, Berichte, zu denen wir selbst gefragt wurden, blieben eine rare Ausnahme. Nachdem man zuerst gar nichts geschrieben hat, versucht man jetzt, uns als fast illegale Gruppe oder als KPD-Ableger oder als beides darzustellen; wie ich schon sagte, als eine etwas dunkle, obskure Gruppe. Die „Westfälische Rundschau“ in Dortmund beispielsweise hat es abgelehnt, überhaupt mit uns zu sprechen. Dazu möchte ich folgendes betonen: Bei der öffentlichen Sitzung des Bundeswahlausschusses vor wenigen Tagen hat sich gezeigt, daß die VOLKSFRONT neben den etablierten Parteien die einzige ernsthafte Organisation war, die überall Landeslisten aufstellt, eine klare Wahlaussage hat. Wider besseres Wissen wird also von der Presse so gehandelt.

RM: Der Wahlkampf der VOLKSFRONT ist also nicht entscheidend unterbunden worden, und Du hast davon gesprochen, daß sich im Vergleich zu manchen anderen die VOLKSFRONT bei der Wahlvorstellung als ernstzunehmende Kraft erwiesen hat. Deshalb interessiert unsere Leser sicher auch,

wie im allgemeinen der Stand des Wahlkampfes ist.

U.L.: Nun, wie gesagt, wir haben in allen Bundesländern Landeslisten aufgestellt, die große Mehrheit ist auch schon inoffiziell bestätigt, akzeptiert. Wir werden also unser erstes Ziel, die bundesweite Wahlbeteiligung wohl erreichen. Und dies, das sei an dieser Stelle gesagt, trotz verschiedenster Wahlbehinderungen. Denn, ihr habt ja darüber berichtet, die Beschlagnahme der Plakate war zwar die bisher größte und wichtigste, aber keineswegs die erste Wahlbehinderung. Wir kandidieren bundesweit und haben überdies noch in rund einem Viertel der Wahlkreise Direktkandidaten aufgestellt. Für diese Landeslisten und die Direktkandidaten haben wir insgesamt weit mehr als 20 000 Unterschriften gesammelt. Sie kamen von Menschen, von denen uns ein Teil mit Sicherheit auch wählen wird. Und wir werden den Kampf um die Stimme jedes Strauß-Gegners führen, damit er sie nicht an Schmidt verschenken muß.

RM: Das widerlegt ja wohl auch die Bedenken, der Wahlkampf würde den antifaschistischen Kampf der VOLKSFRONT vielleicht behindern.

U.L.: Davon kann nun wirklich keine Rede sein, im Gegenteil. Zum ersten, das muß man doch erst einmal festhalten, ist ja der Wahlkampf selbst antifaschistischer Kampf, machen wir unsere Politik viel bekannter, als sie jemals war. Zum anderen haben wir alle nötigen Aktionen, gegen Faschisten, gegen Strauß-Auftritte und was da alles war — und die VOLKSFRONT war immer dabei — mit dem Wahlkampf verbunden, wie es auch vorauszusehen war, wie es selbstverständlich war und gar nicht anders ging. Auch solche Aktionen wie das Schilderaufstellen haben uns zahlreiche neue Interessenten gebracht. Und wir sind im Rahmen dieser besonderen Anstrengungen in neue Gegenden vorgedrungen, haben neue Mitglieder gewonnen, haben jetzt über 150 Kreisverbände und Ortsgruppen. Das ist ja gerade das, worüber so manche stauen. Und wir werden, das kann man jetzt realistisch abschätzen, im Vergleich zur Anzahl der Menschen, die bei jenen Gruppen mitarbeiteten, die die VOLKSFRONT vor zehn Monaten gegründet haben, nach der Wahl mehr als dreimal so viele Mitglieder haben. Nicht zuletzt weil wir eben, um es nochmals zu bekräftigen, alle Möglichkeiten ausgenutzt haben, unsere Politik bekanntzumachen und zu beweisen, daß es uns ernst damit ist, wenn wir gegen Reaktion, Faschismus und Krieg antreten.

RM: Wie siehst Du dem 5. Oktober und der Zeit danach entgegen?

U.L.: Ganz einfach gesagt: Dem 5. Oktober sehe ich guten Mutes entgegen. Und was die Zeit danach betrifft, so kann ich nur sagen, daß diese geschilderten Jagdszenen aus Bayern und anderswo uns zeigen, daß auch nach der Wahl viel Arbeit auf uns wartet. Wir tauchen ja nicht für vier Jahre unter, wir führen auch nach dem 5. Oktober den Kampf um Freiheit und Demokratie, um Wohlstand und Frieden weiter.



Oberhausen: CDU verdeckt VOLKSFRONT-Plakate.

## „Von dumpfer Animalität geprägt“

### Beschluß des Amtsgerichts Dortmund

Im folgenden dokumentieren wir den Beschluß des Dortmunder Amtsgerichts vom 26. 8. 1980, in dem eine bundesweite Beschlagnahme der VOLKSFRONT-Plakate angeordnet wird.

In dem Ermittlungsverfahren gegen

Ulrich Leicht, Schaffleweg 4, 4600 Dortmund 14, wegen Beleidigung

wird die Durchsuchung der Wohn- und Nebenräume einschließlich eventuell vorhandener Garagen des Beschuldigten in Dortmund 14, Schaffleweg 4 sowie der sonstigen von ihm benutzten Räume und seiner Behältnisse an seiner Arbeitsstelle angeordnet.

Nach dem bisherigen Ermittlungsergebnis ist der Beschuldigte verdächtig, sich gemäß § 185 StGB strafbar gemacht zu haben, da er der Verantwortliche im Sinne des Pressegesetzes für ein Plakat ist, welches den bayerischen Ministerpräsidenten Strauß als einen Kampfstier mit spitzen Hörnern, Nasenring und gespickt mit roten Pfeilen zeigt. Über der Abbildung befindet sich ein Spruch: „Stoppt Strauß! Gegen Reaktion, Faschismus und Krieg“, unter dem Plakat befindet sich die Formulierung „Volksfront, gegen Reaktion, Faschismus und Krieg“. Für Freiheit und Demokratie, Wohlstand und Frieden“. Es ist die Annahme begründet, daß die Durchsuchung Auffindung weiterer Plakate und ähnlicher Beweismittel führt. Gem. der §§ 94, 98, 111b, 111c, 111e StPO wird ferner die Beschlagnahme aller im Bundesgebiet einschließlich Westberlins vertriebener der zum Zwecke der

Weitergabe an Dritte vorrätig gehaltener oder öffentlich aufgestellter Exemplare des oben bezeichneten Plakats sowie die zur Herstellung verwendeten Druckformen, Platten, Matrizen und entsprechende, den gedanklichen Inhalt der Veröffentlichung tragende Vervielfältigungsmittel angeordnet, da sie als Beweismittel für die Untersuchung von Bedeutung sein können und gem. §§ 74, 74d StGB der Einziehung unterliegen. Das angeführte Plakat stellt gegenüber dem bayerischen Ministerpräsidenten eine Beleidigung dar, da er durch die Karikatur in Verbindungen mit den aufgeführten Formulierungen dadurch herabgewürdigt werden soll, daß er als Reaktionär, Faschist und Kriegstreiber dargestellt wird, der gegen Freiheit, Demokratie, Wohlstand und Frieden eintritt. Gleichzeitig wird zum Ausdruck gebracht, daß seine Politik nicht verstandesgemäß angelegt, sondern von dumpfer Animalität geprägt sei. Da das Plakat nicht nur in Dortmund, sondern im gesamten Bundesgebiet vertrieben sein dürfte, ist seine bundesweite Beschlagnahme geboten.

Die Voraussetzungen der §§ 111e, 111b StPO liegen vor, da die Plakate als Beweismittel von Bedeutung sind und zum anderen die gesamte Auflage nebst den zur Herstellung verwendeten Vorrichtungen der Einziehung unterliegen.



Auf Beschluß des Dortmunder Amtsgerichts müssen die Anti-Strauß-Plakate überklebt werden.

## 13. ordentlicher Gewerkschaftstag der IG Metall

# Der Druck der klassenkämpferischen Opposition ist stark gewachsen

FRANKFURT. — Vom 21. bis 27. September 1980 wird die Industriegewerkschaft Metall im Internationalen Congress Centrum in Westberlin ihren 13. ordentlichen Gewerkschaftstag durchführen. Sowohl vom Inhalt als auch von der Anzahl her zeugen die vorliegenden Anträge vom Erstarken der klassenkämpferischen, oppositionellen Kräfte in der IG Metall von der Schwächung und Erschütterung des — allerdings noch immer weitgehend vorherrschenden — ideologischen und politischen Einflusses der reaktionären und reformistischen Bonzen.

Sieben Tage dauerte das bedeutende Ereignis im Congress Centrum zu Westberlin. Die größte Einzelgewerkschaft Westeuropas führt zum 13. Mal seit ihrer Gründung ihr wichtigstes innerorganisatorisches Ereignis durch. Die 566 Delegierten werden sich über mangelnde Arbeit nicht zu beklagen haben. 1038 Anträge aus 118 der insgesamt 163 Verwaltungsstellen der IG Metall liegen ihnen zur Beratung und Beschlussfassung vor.

Die Anträge befassen sich mit einem breiten Spektrum von Problemen, Fragen und Forderungen auf wirtschaftlichem, sozialem, innen- und außenpolitischem sowie kulturellem Gebiet. Eine große Anzahl von Anträgen beschäftigt sich aber auch mit gewerkschaftspolitischen Themen, nicht zuletzt mit dem „Innenleben“ der IG Metall selbst.

Die Einschränkung der diktatorischen Vollmachten und Machtpositionen einer kleinen Führungs- und Bonzenschicht, die Erweiterung der Mitgliederrechte und die Verwirklichung einer echten innergewerkschaftlichen Demokratie stehen im Mittelpunkt der in diesem Teil der Anträge aufgeworfenen Organisations- und Satzungsfragen. Hier wirkt natürlich insbesondere das bei weitem bedeutendste Ereignis nach, das die Entwicklung der IG Metall seit dem 12. ordentlichen Gewerkschaftstag im September 1977 beeinflusst hat: der Stahlarbeiterstreik 1978/79 für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich.

## Wahl von Bezirksleitern

„Jetzt müssen die Köpfe rollen!“ Diese Meinung vieler Kollegen kennzeichnete die Stimmung an der Basis, nachdem die Gewerkschaftsführung den Stahlwerkern nach sechswöchigem Streik einen Schandabschluß aufs Auge gedrückt hatte, der nichts mehr mit der 35-Stunden-Woche zu tun hatte. Die Kollegen forderten eine Demokratisierung ihrer Organisation, sie verlangten mehr Entscheidungs- und Einflußrechte für die Mitgliedschaft.

„Wir sind nicht bereit, so weiterzumachen“. Dieser Satz aus einer Resolution der Vertrauensleute der Hoesch-Westfalenhütte brachte zum Ausdruck, wie die meisten aktiven Gewerkschafter unter den Stahlarbeitern auf den Verrat an ihrem Kampf reagierten.

Zwar konnte diese klare und konsequente Haltung sich meist in den Vertreterversammlungen der Verwaltungsstellen, die die Anträge für den Gewerkschaftstag verabschiedet haben, nicht oder nur ansatzweise durchsetzen. Das heißt aber nicht, daß sich nicht in vielen Anträgen deutlich die Erfahrungen des Stahlarbeiterstreiks niedergeschlagen hätten. Auch eine Reihe richtiger oppositioneller Forderungen hat Eingang in die Anträge gefunden.

In 11 Anträgen wird die Forderung erhoben, daß die wichtige Funktion des Bezirksleiters in ein Wahlamt umgewandelt wird. Nach der gegen-

wärtig in der IG-Metall-Satzung verankerten Regelung, wird der Bezirksleiter vom Hauptvorstand eingesetzt. Der Essener Bezirksleiter Kurt Herb etwa kann nicht abgewählt werden, obwohl er spätestens seit dem Stahlarbeiterstreik nicht mehr das Vertrauen der Mitglieder und der großen Mehrheit der unteren Funktionäre besitzt. Die genannten Anträge fordern deshalb, daß der Bezirksleiter künftig im üblichen Rhythmus der Wahlen innerhalb der IG Metall durch die Bezirkskonferenz gewählt wird.

Ebenso wird auch die Wählbarkeit der Tarifkommission gefordert. Nach den gegenwärtigen Regelungen ist es so, daß die Tarifkommissionen auf undemokratische Weise durch die Bezirksleitung gebildet werden (während auch die Bezirksleitungen ihrerseits nicht gewählt, sondern vom Vorstand eingesetzt sind).

## Wer hat das letzte Wort?

Auch die Erfahrungen der letzten Tarifrunde (1979/80) dürften eine Rolle gespielt haben, wenn in einer großen Zahl von Anträgen gefordert wird, daß künftig nicht mehr der Vorstand, sondern die Tarifkommission letztendlich über Annahme oder Ablehnung von Tarifabschlüssen entscheiden soll. In der letzten Tarifrunde hatte die Große Tarifkommission der IG Metall in Hessen den Lohn- und Gehaltstarifabschluß, den die Verhandlungskommission mit den Unternehmern vereinbart hatte, mehrheitlich abgelehnt. Trotzdem wurde dieser Abschluß den Kollegen aber aufs Auge gedrückt, denn in dieser Frage entscheidet nicht die Tarifkommission sondern der Vorstand.

Weitere Forderungen, die aus den Streiks und Lohnbewegungen der vergangenen Jahre heraus entstanden sind, und die — allerdings teilweise in abgeschwächter Form oder als Kompromiß — auf den Tisch des Gewerkschaftstages gelangen:

Die 75-Prozent-Klausel, die es nahezu unerreichbar macht, einen nach einem Streik von der Gewerkschaftsführung eingegangenen faulen Kompromiß in der Urabstimmung noch zu verhindern, soll durch eine 66,6-Prozent-Klausel ersetzt werden. Demnach müßte künftig ein Tarifabschluß bei der Urabstimmung nicht mehr von 75, sondern nur noch von 66,6 Prozent der Mitglieder abgelehnt werden, damit der Streik weitergeführt werden kann.

Ferner wird gefordert, daß Tarifabschlüsse, zu denen es nach positiv verlaufenen Urabstimmungen kommt, ohne daß danach ein Streik eingeleitet wurde, ebenfalls nur durch eine Urabstimmung angenommen werden können.

## IGM-Vorstand unter Beschuß

Die Zuspitzung der Widersprüche zwischen der Mitgliederbasis und den reaktionären Bonzen drückt sich noch in einer Reihe weiterer Anträge aus.

So wird das Vorgehen des IGM-Vorstandes in der letzten Tarifrunde beim Aufstellen der Lohnforderung in einigen Anträgen scharf kritisiert.

In einem Antrag der Verwaltungsstelle Bremerhaven wird zunächst betont: „Unsere Tarifpolitik hat sich ausschließlich an den Interessen der Mitglieder zu orientieren.“ Weiter heißt es dann in diesem Antrag: „Verbindliche Beschlüsse des Vorstandes der IG Metall über Art und Höhe der Forderung erfolgen nicht vor Abschluß der Diskussion in der Mitgliedschaft. Das massive Eingreifen des Vorstandes in die noch nicht abgeschlossene Diskussion unter der Mitgliedschaft durch die Festlegung der Höhe der Forderung, wie in der Tarifrunde 1979/80, darf sich nicht wiederholen.“

In einem Antrag der Verwaltungsstelle Regensburg heißt es zu dem Vorgehen der Loderer und Co. bei der Durchsetzung von niedrigen Tarifforderungen: „Durch diese Methoden werden nämlich alle Mitwirkungsmöglichkeiten der Basis in Frage gestellt und es ist abzuwarten, wann eine Gleichgültigkeit und Interessenlosigkeit der Mitglieder bei Tarifforderungen eintritt.“

Weitere oppositionelle Attacken in den Anträgen: Wohl speziell auf den IGM-Vorsitzenden Loderer ist ein Antrag der Verwaltungsstelle Neuss gemünzt, der sich dagegen wendet, daß IGM-Bonzen in „Bild“ und anderen Springer-Zeitun-

gen Interviews geben: „... es muß auch sichergestellt werden, daß diese Zeitungen nicht durch die Gewährung von Interviews von IGM-Metall-Vorstandsmitgliedern aufgewertet werden.“ Ein Antrag der Verwaltungsstelle Hamburg fordert den Vorstand auf, „auch künftig an der sogenannten konzentrierten Aktion oder ähnlichen Gesprächskreisen von Unternehmerverbänden und Regierung nicht mehr teilzunehmen.“

Scharfe Kritik über eine ganze Reihe von Anträgen an dem Beschluß des DGB-Bundesvorstandes gegen eine Beteiligung bzw. gegen die Durchführung von Aktivitäten seitens der Gewerkschaften zum Internationalen Frauentag.

**Kampf gegen F.J. Strauß**

Die Verwaltungsstelle Hamburg verpaßt der DGB-Führung in bezug auf ihre opportunistische Politik gegenüber dem Kanzlerkandidaten Strauß eine Ohrfeige: „Der 13. ordentliche Gewerkschaftstag der IG Metall spricht sich entschieden gegen Gespräche zwischen Repräsentanten der Gewerkschaften und Franz J. Strauß im Vorfeld der Bundestagswahlen aus!“

Eine ganze Reihe von An-



träge sprechen sich für einen konsequenten Kampf der Gewerkschaften gegen Strauß und sein politisches Programm aus. In einem Antrag der Verwaltungsstelle Salzgitter heißt es:

„Seit langem schon herrscht in der Bundesrepublik ein Klima, in dem es alte und neue Nazis wagen, wieder offen ihre Hetzparolen zu schwingen. Ein Appell, am Wahltag seine Stimme richtig abzugeben, reicht nicht aus. Über eine Rechtsentwicklung in unserem Land wird nicht allein und nicht erst am Wahltag entschieden. Der Widerstand muß früher einsetzen. Das Programm Strauß muß und kann verhindert werden, indem allen Erscheinungen der Rechtsentwicklung entschieden entgegengetreten wird. [...] Die Delegierten des 13. ordentlichen Gewerkschaftstages begrüßen, daß in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen breite Initiativen gegen die Herausforderung durch Strauß und die Rechtsentwicklung entstanden sind, und fordern alle Mitglieder auf, nicht bis zum Wahltag zu warten, sondern auch aktiv zu werden.“

**Aussperrung — gesetzliches Verbot vielfach gefordert!**

Aus der Fülle von Forderungen

der Arbeiterklasse und der Werktätigen im Kampf gegen das Kapital und gegen Reaktion und Militarismus, die in den Anträgen enthalten sind, seien hier nur einige der wichtigsten genannt:

- **Kriegsgefahr:** Es wird ein aktiver Kampf der Gewerkschaften gegen die Gefahr eines dritten Weltkrieges gefordert. Die Stationierung von atomaren Mittelstreckenraketen in Europa wird verurteilt.
- **Faschistische Organisationen:** Das Verbot aller faschistischen Organisationen einschließlich der NPD wird gefordert, insbesondere auch das Verbot der Grauen Wölfe.
- **Aussperrung:** Neun Anträge (das ist die große Mehrheit aller Anträge zu dieser Frage) fordern ausdrücklich den Kampf für das gesetzliche Verbot der Aussperrung.
- **35-Stunden-Woche:** Den Kampf für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich als ein vorrangiges gewerkschaftliches Ziel fordern eine Vielzahl von Anträgen.
- **Atomenergie:** Ein Antrag des Jugendausschusses beim Vorstand der IG Metall fordert den Verzicht auf die Kernenergie und die Stilllegung der bestehenden Atomkraftwerke.

## Nicht in die Sackgasse opportunistischer Taktiererei!

Noch nie trat in der IG Metall der Gegensatz zwischen Mitgliederbasis und Führung, zwischen den Interessen der Arbeiter und kleinen Angestellten einerseits und dem sozialpartnerschaftlichen Kurs der Loderer und Konsorten andererseits so klar und offen zutage wie im Stahlarbeiterstreik. Für jedes klassenbewußte IGM-Mitglied wurde deutlich, daß die Bonzen sich als Streikbrecher im Dienst der Stahlbarone betätigt, daß sie bewußt und zynisch den Kampf für die 35-Stunden-Woche verraten haben, weil ihnen die Interessen der Kapitalisten mehr wert sind als die der Arbeiter.

Die Empörung unter den Stahlkochern fand ihren Niederschlag auch in einigen aufsehenerregenden Resolutionen der Vertrauensleutkörper bei Hoesch, Thyssen und Mannesmann. In diesen Resolutionen wurde unter anderem der Rücktritt des Essener Bezirksleiters Kurt Herb gefordert. Darüber hinaus wird angedeutet, daß auch die Vorstandsmitglieder Loderer, Mayr und Janßen untragbar auf ihren Posten sind. Es werden eine Reihe von konkreten Forderungen zur Demokratisierung der IG Metall erhoben.

Es ist ein bedeutender Erfolg für die klassenkämpferischen Kräfte in der IG Metall,

daß diese Forderungen — etwa die Wählbarkeit der Bezirksleiter — jetzt bis auf den Gewerkschaftstag durchgedrungen sind, auch wenn diese Forderungen noch bei weitem nicht ausreichen, um eine konsequent demokratische Organisationsstruktur der IGM zu schaffen. Ein Erfolg ist es auch, daß der Vorstand der IG Metall in verschiedenen Anträgen scharf kritisiert wird.

Allerdings muß man auf der anderen Seite sehen, daß zum Beispiel die Forderung nach Ablösung der verantwortlichen Bonzen in keinem Antrag auf's Tapet gebracht wird, obwohl es in der Resolution der Vertrauensleute von Mannesmann/Huckingen hieß: „Unsere Kritik an den Kollegen Janßen, Mayr, und Loderer wird erst auf dem Gewerkschaftstag Konsequenzen finden können.“

Es sieht also nicht danach aus, als würden die notwendigen Konsequenzen für diese „Kollegen“, die in Wahrheit ausgemachte Arbeiterverräter sind, auf dem Gewerkschaftstag erfolgen: ihre Beseitigung aus der Führungsspitze der Gewerkschaft. Vielmehr ist einer der bekannten opportunistischen Gewerkschafter, die die Mannesmann-Resolution maßgeblich mit initiiert und im Stahlarbeiterstreik gegen die abwiegle-

rische Politik der Loderer und Herb opponiert hatte, inzwischen aus der IG Metall hinausgedrängt worden: der Kollege Herbert Knapp, ehemaliger Betriebsratsvorsitzender bei Mannmann/Huckingen.

In der Resolution der Vertrauensleuterversammlung von Thyssen-Hamborn heißt es sehr klar:

„Daß wir unser Streikziel nicht erreicht haben, lag nicht nur an der Macht der vereinigten Unternehmer, denn unser Kampf stand bei der Beendigung kurz vor dem entscheidenden Durchbruch durch die Arbeitgeberfront. Verantwortlich für die Niederlage war auch der Kurswechsel der zentralen Streikleitung mitten im Kampf. [...]“

Wir sagen hier offen, daß dieser Kurswechsel zwar eine Zustimmung durch die Mehrheit von Tarifkommissionsmitgliedern aus nicht bestreikten Betrieben gefunden hat, aber für die Streikenden selbst ein Schlag ins Gesicht war. Wir, die wir im Streik gestanden haben, wissen, daß die Entscheidung des IGM-Vorstandes, die 35-Stunden-Forderung fallen zu lassen, zugleich bedeutet: grünes Licht für den Abbau weiterer 50 000 Arbeitsplätze in der Eisen- und Stahlindustrie NRW.

Als Betroffene stellen wir fest, daß hier ein übles Spiel mit unserer Existenz gespielt worden ist. Das können wir auf keinen Fall hinnehmen. Durch die Niederlage ist die Kampfbereitschaft vieler Kollegen zerstört und damit die Kampfkraft unserer gewerkschaftlichen Organisation geschwächt. Da wir uns auch in Zukunft gegen die Unternehmervöllerei wehren müssen, ist es notwendig, zu unterbinden, daß der Wille von kampfbereiten Kollegen im Streik noch einmal so hintergangen werden kann, wie wir es jetzt erleben mußten.“

Diese Kritik und Einschätzung der Thyssen-Kollegen hat leider in den Anträgen zum Gewerkschaftstag keinen konsequenten Ausdruck gefunden. Und es ist klar: Um im Sinne dieser Resolution die Verhältnisse in der Gewerkschaft zu verändern, um zu erreichen, daß der Wille von kampfbereiten Kollegen nicht mehr durch verräterische Bonzen mit Füßen getreten werden kann, ist ein zäher und unversöhnlich geführter Kampf für eine proletarische Klassenpolitik der Gewerkschaft nötig, ein Kampf gegen die Bonzen und Arbeiterverräter. Dieser Kampf erfordert eine gut organisierte und konsequent klassenkämpferische innergewerkschaftliche Opposition, eine Opposition, die zielklar genug ist, um sich nicht in die Sackgasse opportunistischer Taktiererei drängen zu lassen! Dieser Kampf erfordert die Stärkung der RGO!

## Empörung über Zensurmaßnahme des HBV-Vorstandes

# Flugblatt zum Antikriegstag verboten

DÜSSELDORF. — „Wenn wir es alle nicht wollen, wird es nie sein!“ So lautet der Titel eines Flugblattes, das die nordrhein-westfälischen Gewerkschafterinnen der HBV zum Antikriegstag herausgebracht haben. „Wenn wir es alle nicht wollen...“. Im DGB gibt es leider führende Funktionäre, die ganz anders denken. Was diese Bonzen nicht wollen, das ist ein entschiedener Kampf der Gewerkschaften für den Frieden. Warum sonst will der HBV-Vorstand das bereits gedruckte Antikriegsflugblatt einstampfen lassen?

Verantwortlich für das Flugblatt zeichnet die Landesleitung NRW der DGB-Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen. Geschrieben wurde es von aktiven Kolleginnen der HBV-Frauen-NRW. Nachdem das bereits gedruckte Flugblatt im Hauptvorstand der Gewerkschaft bekannt wurde, verfügte dieser, daß es zurückgezogen und eingestampft werden muß. Es soll eine neue, veränderte Fassung herausgebracht werden.

Der verbotene Flugblatt wendet sich vor allem gegen die in den letzten Monaten von militaristischen und reaktionären Kreisen erhobene Forderung nach der Einführung der Wehrpflicht für Frauen. „Wehrpflicht für Frauen — Nein! Frieden, Abrüstung und Entspannung — ja!“ lautete die abschließende Parole in dem Flugblatt.

Diese Losung allein ist allerdings nicht der „anständige Punkt“, der die HBV-Bonzen auf den Plan gerufen hat. Was die Bonzen zur Zensurmaßnahme greifen ließ, ist der Umstand,

daß die Verfasserinnen sich nicht damit begnügt haben, unverbindliche Friedensphrasen zu dreschen und fromm den Wunsch nach Entspannung zu äußern. Das Flugblatt nennt Roß und Reiter; es spricht eine deutliche antimilitaristische Sprache. Genau das ist es, was die DGB-Führung nicht dulden will. Das Verbot wurde vor allem wegen folgender Passagen ausgesprochen:

„Nie wieder Krieg — nie wieder Faschismus, war die Überzeugung aller Demokraten nach dem 2. Weltkrieg.“

Auch als 1945 die Bundesrepublik gegründet wurde, hätte niemand gewagt, von Wehrpflicht zu sprechen, geschweige denn von einer Heranziehung der Frauen zu einem militärischen Dienst.

Diese gemeinsame Grundüberzeugung wurde von der wiedererstarkten Rechten sehr bald verlassen. Sie forderte die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht und die Wiederaufrüstung der Bundesrepublik. Gegen den erbitterten Widerstand der Gewerkschaften und

breiter Bevölkerungsschichten wurden 1956 die ersten Rekruten in die Bundeswehr eingezogen.

Ein weiterer Schritt der Militarisierung waren die Notstandsgesetze von 1968. Sie sehen u.a. vor, daß Frauen per Notverordnung für „zivile Dienste“ verpflichtet werden können. (...)

Um auch den Frauen den Dienst an der Waffe schmackhaft zu machen, wird behauptet: Militärischer Frauendienst sei ein Schritt zur Gleichberechtigung! (...)

Ist nicht vielmehr die Bundeswehr auch ein Mittel zur verschärften Disziplinierung, zum Einüben von Gehorsam und Anpassung? (...)

Frauen sind in unserer Gesellschaft immer noch wirtschaftlich, sozial und kulturell benachteiligt. Gerade diejenigen, die die Wehrpflicht für Frauen einführen wollen, tun alles, damit sich daran nichts ändert. Und ausgerechnet der Militärdienst soll diese Benachteiligung aufheben? Dieser Text steht natürlich im Gegensatz zu der gleichge-

schalteten Öffentlichkeit der Bundesrepublik in dieser Frage.

Die Militarisierung der öffentlichen Meinung ist inzwischen derart fortgeschritten, daß praktisch jede öffentliche Äußerung über die Bundeswehr, die nicht von reaktionärem Patriotismus trieft, das hysterische Geschrei der militaristischen und reaktionären Kräfte provoziert.

Und die DGB-Führung? Sie denkt gar nicht daran, dieser gefährlichen Entwicklung entgegenzutreten! Sie macht sich sogar selbst zum Zensurhilfen des Bonner Militarismus, zum Komplizen der Hölzer der „nationalen Wehrkraft“.

Vor einem Jahr verboten die Vetter, Schwab und Konsorten die Antikriegsflugblätter der DGB-Jugend. Jetzt lassen ihre Gesinnungsgenossen im HBV-Vorstand ein Antikriegsflugblatt einstampfen. Ist das nicht genau jene verhängnisvolle Tradition der Zusammenarbeit der deutschen Gewerkschaftsbonzen mit dem Militarismus, die im Jahre 1914 in der Bewilligung der Kriegskredite ihren schändlichsten Ausdruck fand?

Lassen wir nicht zu, daß gewissenlose Arbeiterverräter die Gewerkschaften wieder einmal daran hindern, Bollwerk des Friedens zu sein! Nie wieder dürfen die deutschen Gewerkschaften für die Ziele der imperialistischen Kriegstreiber mißbraucht werden.

## Unternehmer klagen in Kassel

# Solidaritätsstreiks sollen verboten werden

DÜSSELDORF. — Die nordrhein-westfälischen Metallunternehmer wollen in ihrem juristischen Kreuzzug gegen das ohne dies schon stark beschränkte Recht auf Streik nicht zurückstecken. Im April dieses Jahres hatte das Landesarbeitsgericht Hamm ihre Klage gegen die IG Metall abgewiesen, mit der sie erreichen wollten, daß die Solidaritätsstreiks der Metallarbeiter vom 12. Dezember 1978, die sie zur Unterstützung des Stahlarbeiterstreiks durchführten, für rechtswidrig erklärt werden.

Damals hatten insgesamt 145 000 Metaller in 31 Städten an Solidaritätsaktionen teilgenommen. In einer Reihe von

Betrieben der metallverarbeitenden Industrie, die von den Tarifverhandlungen nicht betroffen waren, hatten Kollegen die Arbeit niedergelegt, um sich an den Kundgebungen gegen die Aussperrung in der Stahlindustrie zu beteiligen.

Nun haben die Metallunternehmer das Bundesarbeitsgericht angerufen, um ein Verbot von derartigen Solidaritätsaktionen doch noch durchzusetzen. Dieser Schritt ist einer von vielen Schritten auf allen Ebenen und Gebieten, mit denen die Kapitalisten scheinbarweise das Streikrecht nach und nach immer weiter abbauen wollen.



Protestaktion gegen Overbecks Angriff auf die Mitbestimmung

## Angriff auf Montanmitbestimmung

# Mannesmann-Vertrauensleute fordern Kampfmaßnahmen

## Bundeskanzler Schmidt blockiert Gesetzesinitiative

DUISBURG. — Die Orientierung der DGB-Führung auf den parlamentarischen Weg im Kampf gegen den Angriff auf die Montanmitbestimmung erweist sich als Abwiegerei. Viele Gewerkschafter sind empört über das Taktieren der Vetter, Loderer und Judith. Auf einer Vertrauensleutenvollkonferenz der IG Metall für den Bereich der inländischen Mannesmann-Betriebe forderten mehrere Sprecher gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen gegen den Angriff der Konzernherren.

An der Vertrauensleute-Vollkonferenz, die am Dienstag vergangener Woche in der Mercator-Halle in Duisburg stattfand, nahmen rund 2 500 Kollegen teil. Die Redner, die der IG-Metall-Vorstand geschickt hatte, Lutz Dieckerhoff und Rudolf Judith, orientierten erneut auf die von der SPD-Bundestagsfraktion und speziell vom Fraktionsvorsitzenden Herbert Wehner erhoffte Gesetzesinitiative zur Sicherung der Montanmitbestimmung.

Dabei war zu diesem Zeitpunkt jedoch schon eindeutig klar geworden, daß das Vertrauen auf die SPD in dieser Frage die Widerstandsfront der Gewerkschafter gegen den Angriff auf die Montanmitbestimmung demobilisiert. Bereits am Montag letzter Woche hatte das Wochenmagazin „Der Spiegel“ ein sogenanntes Argumentationspapier von Helmut Schmidt an die SPD-Fraktion veröffentlicht, in dem Schmidt beschwörend davor warnt, eine Sonder-sitzung des Bundestages in Sachen Sicherung der Montanmitbestimmung noch vor der Bundestagswahl durchzusetzen.

Der Bundeskanzler warnte vor einer Gesetzesinitiative, weil durch sie ein schwerer Koalitionskonflikt mit der FDP heraufbeschworen werde. Schmidt manövrierte in dem Papier sogar mit einer indirekten Rücktrittsdrohung. Der Fraktionsvorstand der SPD faßte dann auch den Beschluß, vorerst keine Sondersitzung des Bundestages zur Behandlung des vorliegenden Gesetzentwur-

fes von 209 Mitgliedern der SPD-Bundestagsfraktion zu er-zwingen.

Diese Haltung der SPD wurde auf der Vertrauensleute-Vollkonferenz in Duisburg ver-schiedentlich von Kollegen an-geprangert. Auf der Konferenz herrschte eine kämpferische Stimmung. Zahlreiche Transpa-rente und Plakate, die die Kol-legen selbst angefertigt hatten, brachten die Bereitschaft zum Ausdruck, den Angriff der Stahlbarone mit Kampfmaß-nahmen zu kontern. Mehrere Redner übten Kritik an der Haltung der Gewerkschaftsfüh-rung. Ein Vertrauensmann er-klärte offen: „Wenn es nicht an-ders geht, muß für den Erhalt der Montanmitbestimmung auch gestreikt werden“.

In einer von der Konferenz verabschiedeten Entschließung heißt es unter anderem: „Die gewerkschaftlichen Vertrauens-leute fordern den Aufsichtsrat der Mannesmann AG auf, unter keinen Umständen dem so-genannten Kompromißvor-schlag der Mannesmann AG am 15. September 1980 in der Aufsichtsratssitzung zuzustim-men, solange nicht sicherge-stellt ist, daß die Montanmitbe-stimmung in der Mannesmann AG und bei der Mannesmann-Röhrenwerke AG dauerhaft ge-sichert bleibt.“

Eines muß allerdings festge-halten werden: Ohne die un-übersehbare Kampfbereitschaft der Gewerkschaft gibt es kei-nerlei Garantie dafür, daß der Aufsichtsrat solchen Appellen Rechnung trägt. Auch wenn die

Vertreter der sogenannten Ar-beitnehmerbank geschlossen gegen einen entsprechenden Schritt stimmen würden, wäre damit der Plan der Overbeck und Konsorten nicht vom Tisch.

Die Haltung der DGB-Füh-rung gegenüber dem Angriff auf die Montanmitbestimmung ist zwiespältig. Sicher ist sie auf der einen Seite an der Erhaltung der Montanmitbestimmung in-teressiert. Einmal, weil sie die mit der Montanmitbestimmung verbundenen lukrativen und einflußreichen Aufsichtsrats-pöschchen behalten will. Zum zweiten aber auch, weil die pa-ritätische Mitbestimmung eine materielle Basis für die Ideo-logie der „Sozialpartnerschaft“ abgibt, weil sie der illusionären These von der „Demokratisie-rung“ der kapitalistischen Pro-fitwirtschaft einen Schein von Realität verleiht.

Auf der anderen Seite je-doch zielt die Abschaffung der Montanmitbestimmung auf verschärfte Ausbeutung und auf die Beseitigung realer Rech-te der Arbeiter, sie zeigt den un-verhüllten Herr-im-Hause-Standpunkt der Kapitalisten. Ohne konsequente gewerk-schaftliche Kampfmaßnahmen auf einer klassenkämpferischen Linie kann dieser Angriff nicht pariert werden. Letzteres je-doch wollen die Bonzen um kei-nen Preis. Ihre Rolle ist und bleibt es, eine feste Einheit und Kampfkraft der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung auf konsequent antikapitalistischer Grundlage zu verhindern.

### Informationen der HBV-Frauen-NRW

**Nie wieder Krieg — nie wieder Faschismus**  
war die Überzeugung aller Demokraten nach dem 2. Weltkrieg.  
Auch als 1945 die Bundesrepublik gegründet wurde, hätte niemand gewagt, von Wehrpflicht zu sprechen, geschweige von einer Heranziehung der Frauen zu einem militärischen Dienst.  
Diese gemeinsame Grundüberzeugung wurde von der wiedererstarkten Rechten sehr bald verlassen. Sie forderte die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht und die Wiederaufrüstung der Bundesrepublik. Gegen den erbitterten Widerstand der Gewerkschaften und breiter Bevölkerungsschichten wurden 1956 die ersten Rekruten in die Bundeswehr eingezogen.  
Ein weiterer Schritt der Militarisierung waren die Notstandsgesetze von 1968. Sie sehen u.a. vor, daß Frauen per Notverordnung für „zivile Dienste“ verpflichtet werden können.

**Dabei ist es nicht geblieben!**  
Heute sprechen Vertreter der Regierung, der Parteien und der Bundeswehr ganz offen davon, Frauen für den Militärdienst zu verpflichten. Die Öffentlichkeit soll durch entsprechende Diskussionen in den Massenmedien, Fernsehen, Rundfunk und Zeitungen mit dieser Vorstellung vertraut gemacht werden.  
Um auch den Frauen den Dienst mit der Waffe schmackhaft zu machen, wird behauptet: Militärischer Frauendienst sei ein Schritt zur Gleichberechtigung! Ist nicht vielmehr die Bundeswehr auch ein Mittel zur verschärften Disziplinierung, zum Einüben von Gehorsam und Anpassung? Frauen sind in unserer Gesellschaft immer noch wirtschaftlich, sozial und kulturell benachteiligt. Gerade diejenigen, die die Wehrpflicht für Frauen einführen wollen, tun alles, damit sich daran nichts ändert. Und ausgerechnet der Militärdienst soll diese Benachteiligung aufheben? Dieser Text steht natürlich im Gegensatz zu der gleichge-

**Jeder muß wissen:**  
Seit 1945 gab es 100 Kriege oder kriegerische Auseinandersetzungen, aber kamen mehr als 80 Millionen Kinder, Frauen und Männer ums Leben. Die Vernichtung sozialer Einrichtungen und kultureller Güter durch diese Kriege läßt sich in Zahlen überhaupt nicht mehr ausdrücken.

**Krieg bedeutet immer:**  
VERNICHTUNG VON MENSCHEN, KUNST, GELD, NOT.  
Gleichberechtigung heißt, daß Frauen und Männer gemeinsam aktiv den Frieden sichern und ausbauen!  
Deshalb fordern wir Euch alle auf: Kampf mit uns gegen die allgemeine Einführung der Wehrpflicht für Frauen!

## Unternehmer wollen dreijährige Laufzeiten

# Nein zum Einfrieren der Lohntarife!

ESSEN. — Die Unternehmer wollen erreichen, daß Lohntarifverträge in der Metallindustrie künftig für drei Jahre abgeschlossen werden. Bisher sind bekanntlich einjährige Laufzeiten üblich. Es ist klar, daß die Unternehmer damit auf das Einfrieren niedriger Tariflöhne und -gehälter und damit auf einen verschärften Abbau der Reallöhne aus sind.

Der Wunsch nach dreijährigen Laufzeiten für Lohntarifverträge wurde vor kurzem vom neuen Vorsitzenden der nordrhein-westfälischen Metallunternehmer, Paul Pleiger, an die IG Metall herangetragen. Angesichts der Erfahrungen der vergangenen Jahre liegt es auf der Hand, was mit diesem „Vorschlag“ bezweckt werden soll: Bekanntlich haben die tariflichen Lohnerhöhungen mit der Geldentwertung immer weniger Schritt gehalten, so daß die Realeinkommen der Arbeiter und kleinen Angestellten seit längerem schon spürbar gesunken sind.

Man muß den Vorschlag des Herrn Pleiger auch im Licht der gegenwärtig von den Unternehmervereinigungen mit Blick auf die kommende Lohnrunde wieder angeheizten Lohnverzichts-Propaganda sehen. Es wurden bereits Unternehmerstimmen laut, die offen verlangen, die Tarif-

erhöhungen der kommenden Lohnrunde müßten noch unter den bereits extrem niedrigen Abschlüssen des vergangenen Frühjahres angesetzt werden!

Leider wurde das freche Ansinnen der Metallbosse von IGM-Seite nicht sofort konse-

quent zurückgewiesen. Der Essener Bezirksleiter der IGM, Kurt Herb, bezeichnete dreijährige Laufzeiten zwar als für „zu lang“. Jedoch erklärte Herb gleichzeitig, längere Laufzeiten seien grundsätzlich durchaus „diskussionsfähig“.

## Entlassungen bei Uher-Werke

# 300 Beschäftigte sollen gehen

MÜNCHEN. — 300 Beschäftigte haben die Kapitalisten der Uher-Werke in München kurzfristig auf die Straße geworfen. Bis zum Jahresende soll die Produktion in dem betreffenden Betrieb der Uher-Werke völlig eingestellt werden.

Uher ist ein führender Hersteller von Tonbandgeräten. Die Uher-Kapitalisten haben Teile ihres Unternehmens an die japanische Firma Transonic verkauft, die vorwiegend Han-

del mit japanischen Geräten der Unterhaltungselektronik betreibt.

1975 haben die Uher-Kapitalisten eine bayerische Landesbürgerschaft in Höhe von 15 Millionen Mark kassiert. Getilgt ist davon bislang lediglich ein Drittel. Trotz der Bürgerschaft betreiben die Uher-Bosse Massenentlassungen, vernichten sie nach Belieben Arbeitsplätze. Für die entlassenen Beschäftigten wollen sie nicht einmal einen Sozialplan aufstellen.

Veranstaltungen der Partei zum Antikriegstag

# Großes Interesse für den Friedensplan der KPD

In einer Reihe von Städten der Bundesrepublik fanden am vergangenen Wochenende Veranstaltungen unserer Partei zum Antikriegstag statt. Im Mittelpunkt der Reden und Diskussionen stand dabei von unserer Partei vorgelegte Friedensplan, der eine konkrete Perspektive für die Verteidigung und Sicherung des Friedens eröffnet. Es zeigte sich, daß auch außerhalb der Partei der Friedensplan begrüßt wird, denn oft waren neue Gesichter unter den Versammel-

ten zu sehen. Die Veranstaltungen waren durchweg von einer kämpferischen Stimmung geprägt, insbesondere auch von der Empörung über den Beschlagnahmetermin, mit dem die Staatsgewalt die VOLKSFRONT mundtot zu machen und ihren Wahlkampf zu behindern versucht. Gleichzeitig standen die Veranstaltungen in verschiedenen Städten im Zeichen von Demonstrationen und Protestaktionen gegen Wahlauftritte des Kanzlerkandidaten F.J. Strauß.

## Bochum

Am Mittwoch, den 27. August, fand in der Gaststätte Hölscher in Bochum-Wattenscheid die Veranstaltung der KPD zum Antikriegstag statt. Mit seinem Referat eröffnete Genosse Ernst Aust, Vorsitzender der KPD, eine Veranstaltungsreihe zum Friedensplan der KPD. Rund 80 Freunde und Genossen hatten sich eingefunden.

Ein Vertreter der Ortsgruppe Bochum begrüßte Genossen Ernst Aust und die Anwesenden. Er wies noch einmal auf die Schwierigkeiten hin, die durch die Angriffe der Bourgeoisie auf das Wahlplakat der VOLKSFRONT entstanden sind, bekräftigte die Unterstützung der VOLKSFRONT durch die Partei und die Entschlossenheit, sich nicht unterkriegen zu lassen. Mehrere Anwesende erklärten sich durch diese Ausführungen unmittelbar zu einem Klebeinsatz bereit.

Das Referat von Genossen Ernst Aust wurde mit großer Begeisterung aufgenommen. Der Redner zeichnete überzeugend ein realistisches Bild der Kriegsgefahr infolge der Zuspitzung der internationalen Lage, der Militär- und Aggressionspolitik der Supermächte, der unbedingten Anbindung der Bundesrepublik an den Kriegskarren der US-Imperialisten und der NATO und entwickelte überzeugend die Notwendigkeit einer Friedenspolitik, wie sie in dem Friedensplan dargelegt ist. Genosse Ernst erläuterte die einzelnen Punkte des Friedensplanes für die Bundesrepublik, darunter:

- Abzug aller fremden Truppen von bundesdeutschem Boden
- Austritt der BRD aus der NATO und EG
- Neutralität
- Entfernung aller atomaren, chemischen, biologischen und anderen Massenvernichtungswaffen von deutschem Boden
- Kein Einsatz bundesdeutscher Truppen im Ausland.

Es wurde deutlich, daß die Verwirklichung des Friedensplanes die einzige konkrete Perspektive für das deutsche Volk ist, einem drohenden Weltkrieg mit Deutschland als Schlachtfeld wirksam entgegenzutreten, dem Krieg in der Mitte Europas den Weg zu verlegen und Europa in eine Zone des Friedens zu verwandeln.

Im Anschluß an das Referat kam es — unter anderem mit im Saal anwesenden Genossen des KABD — zu einer lebhaften Diskussion, die in einer solidarisierenden Atmosphäre verlief.

## Darmstadt

Die Veranstaltung der KPD in Darmstadt stand unter dem Vorzeichen von Demonstrationen und Protestaktionen gegen Strauß, der an diesem Tag, einem Samstag, einen Wahlkampfauftritt in Darmstadt

hatte. Vor und nach der Veranstaltung waren die Genossen und Freunde auf der Straße bzw. im Sport-Stadion in Aktion, um den Protest gegen den Kandidaten und sein politisches Programm zu unterstützen. An der Parteiveranstaltung nahmen etwa 60 Genossen und Freunde teil. Die Rede des Genossen Horst-Dieter Koch über den Friedensplan der KPD wurde mit großem Interesse und Beifall aufgenommen. Eine Spendensammlung für die Unterstützung der VOLKSFRONT gegen den Beschlagnahmetermin von Justiz und Polizei erbrachte 236 Mark.

## Bremen

Etwa 130 Teilnehmer wurden auf der Antikriegstags-Veranstaltung der Partei in Bremen gezählt. Es sprach Genosse Ernst Aust über den Friedensplan der KPD und die Probleme des Kampfes gegen die Kriegsgefahr. Seine Rede wurde sehr gut aufgenommen und mit kräftigem Beifall bedacht. Die Stimmung war ausgezeichnet. Die Bremer Genossen berichteten, sie hätten sich besonders darüber gefreut, daß neue Gesichter und Freunde zu sehen waren, die man bisher auf Veranstaltungen der Partei nicht oder nur selten begrüßen konnte. Gerade unter diesen Menschen bestand starkes Interesse an dem Friedensplan der Partei. Auch Kollegen und Genossen aus der Türkei waren da. Eine Spendensammlung erbrachte das gute Ergebnis von 860 Mark.

## Bielefeld

In Bielefeld zählte man rund 80 Genossen und Freunde, darunter auch Kollegen und Genossen aus der Türkei, auf der Veranstaltung der KPD. Es sprach Genosse Ernst Aust und er fand mit seiner kämpferischen Rede starken Anklang unter den Versammelten. Die nachfolgende Diskussion zeigte, daß der Friedensplan unserer Partei sehr begrüßt und als eine Initiative der KPD von weitreichender Bedeutung eingeschätzt wird. Es wurde eine Spendensammlung zur Unterstützung des Wahlkampfes der VOLKSFRONT gegen die schweren Wahlbehinderungen seitens der Staatsgewalt durchgeführt. Die Sammlung erbrachte knapp 300 Mark.

## Kiel

Eine gute, kämpferische Stimmung prägte die Parteiveranstaltung in Kiel. Genossin Karin Wagner sprach über den Friedensplan der KPD. Ihre Ausführungen wurden ergänzt durch einen Bericht eines Altgenossen über die Friedensbewegung Ende der vierziger, Anfang der fünfziger Jahre. Für viele jüngere Genossen war es sicher interessant, zu erfahren,

welche breite Bewegung für den Frieden und für ein einheitliches Deutschland es in jenen Jahren gegeben hat. Der Altgenosse trug zum Akkordeon auch einige Lieder der FDJ aus den Kämpfen dieser Zeit vor.

Im Anschluß wurde der Film „Unternehmen Teutonen-schwert“ gezeigt, in dem der Aufstieg des Hitler-Generals Speidel zu einem der Führer der Bundeswehr dargestellt wird. Die Kieler Genossen hatten im Veranstaltungsraum eine kleine Fotoausstellung aufgehängt.

400 Mark wurden gespendet, um den Wahlkampf der VOLKSFRONT zu unterstützen.

## Köln

Mit großem Beifall bedachten die rund 60 Teilnehmer der Antikriegstagsveranstaltung unserer Partei in Köln die kämpferische, lebendige und klarverständliche Rede der Genossin Karin Wagner. Die Genossin betonte zu Beginn, daß der Antikriegstag kein Gedenktag im schlechten Sinne sein dürfe, dem aus reiner Pflichterfüllung heraus nachgegangen werde. „Der Antikriegstag ist ein Kampftag! Kampftag nicht in dem Sinne, daß es Putz zu machen gilt um jeden Preis. Wir sind doch keine Chaoten. Kampftag in dem Sinne, daß er eine Manifestation für die Forderungen ist, die den Frieden für uns erhalten können.“

Danach erläuterte die Genossin die Bedeutung des kürzlich veröffentlichten Friedensplanes unserer Partei. Sie wies nach, daß die herrschenden Parteien samt und sonders nicht fähig und nicht willens sind, eine Politik zu betreiben, die unserem Land den Frieden sichern könnte. Insbesondere die Bindung an die USA und die NATO sei von ihnen gewollt. Gerade darin aber liege die Gefahr für unser Land.

Zum angeblichen Schutz den uns die NATO bietet sagte die Genossin: „Es ist der gleiche Schutz, den uns bei einem Flugzeugabsturz ein Regenschirm bieten würde. Wir sollten uns rechtzeitig von unserer Schutzmacht, den USA und der NATO abkoppeln, bevor sie uns zu Tode beschützen! (...) Ein wirklicher Schutz — wenn auch keine hundertprozentige Sicherheitsgarantie — dagegen wäre die Neutralität der Bundesrepublik.“

Möglichen Zweifeln an der Durchsetzbarkeit des Friedensplanes unter kapitalistischen Verhältnissen entgegnete die Genossin Wagner: „Sicher ist der Plan auch unter Bedingungen des Kapitalismus durchführbar, allerdings nicht unter dieser oder gar einer Strauß-Regierung. Voraussetzung ist die Aktivierung breiter Teile der Bevölkerung, die für andere Leute in der Regierung sorgen werden.“

Den Rahmen dieser Veran-

staltung gestaltete die Gruppe „Zeitzünder“ aus Düsseldorf mit Liedern und Gedichten gegen den Krieg und einem aktuellen Kabarett-Programm, das den Zuhörern unwiderstehlich die Lachmuskeln strapazierte.

Eine Spendensammlung zugunsten der von einer bundesweiten Beschlagnahmeaktion betroffenen VOLKSFRONT ergab den stattlichen Betrag von über 450 Mark.

Insgesamt war das ein gelungener, kämpferischer und lehrreicher Abend.

## Hamburg

Die Hamburger Genossen hatten mit Plakaten und Flugblättern zur Veranstaltung der Partei aufgerufen. Auch die Hamburger Friedenskoordination, in der unter anderem die KPD und die VOLKSFRONT mitarbeiten, hatte auf ihren Veröffentlichungen auf die Veranstaltung hingewiesen.

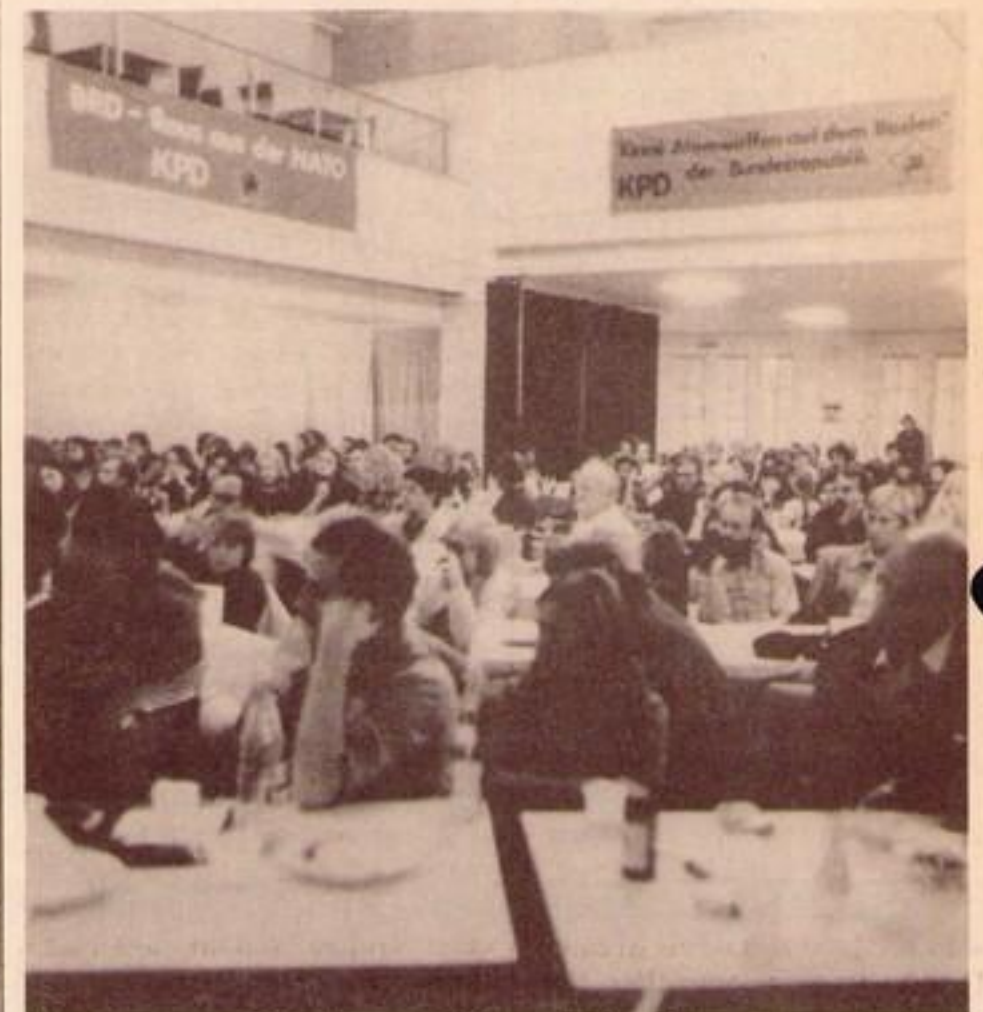
200 Genossen und Freunde der Partei, sowie andere an dem Friedensplan interessierte Menschen waren dann ins Curio-Haus gekommen. Zu Beginn wurde eine Erklärung zum Tod Olav Ritzmanns verlesen, der nach einem Polizeieinsatz gegen Anti-Strauß-Demonstranten starb (siehe auch S. 1 und 7). Genosse Ernst Aust, der Vorsitzende unserer Partei, hielt eine begeisternde Rede, in der er den Friedensplan der KPD erläuterte und unseren Kampf gegen die Kriegsgefahr darstellte. Besonders einige ältere Kollegen, die Teilnehmer der Veranstaltung waren, zeigten sich sehr beeindruckt von der Rede des Genossen Aust. Sie hatten sowohl die Schrecken des letzten Krieges am eigenen Leib erfahren, wie auch zum Teil die Friedenspolitik der KPD in der unmittelbaren Nachkriegszeit erlebt, an die unsere Partei heute wieder anknüpft.

Für das Rahmenprogramm sorgten die Gruppe „Blinkfuer“, die eigens eine halbstündige Antikriegstagsrevue erarbeitet hatte, die beiden Kabarettisten „Ratte und Schmeißfliege“ und die Politrock-Gruppe „Elbe 1“. Insgesamt war diese mitreißende und lebendige Veranstaltung, die sechs Stunden dauerte, eine eindrucksvolle Kampfansage an die Kriegspolitik der Imperialisten.

Durch eine Spendensammlung für den Wahlkampf der VOLKSFRONT, die 1000 Mark erbrachte, bekundeten die Teilnehmer ihre Solidarität mit dieser politischen Kraft, die auch im Bereich der Friedenspolitik die einzige wirkliche Alternative zu Strauß und Schmidt bei den diesjährigen Bundestagswahlen ist. Die Veranstaltung der KPD endete mit einem Aufruf an alle Freunde und Genossen, sich an der DGB-Demonstration zum Antikriegstag zu beteiligen.



Parteiveranstaltung in Köln



Parteiveranstaltung in Hamburg



Parteiveranstaltung in Darmstadt



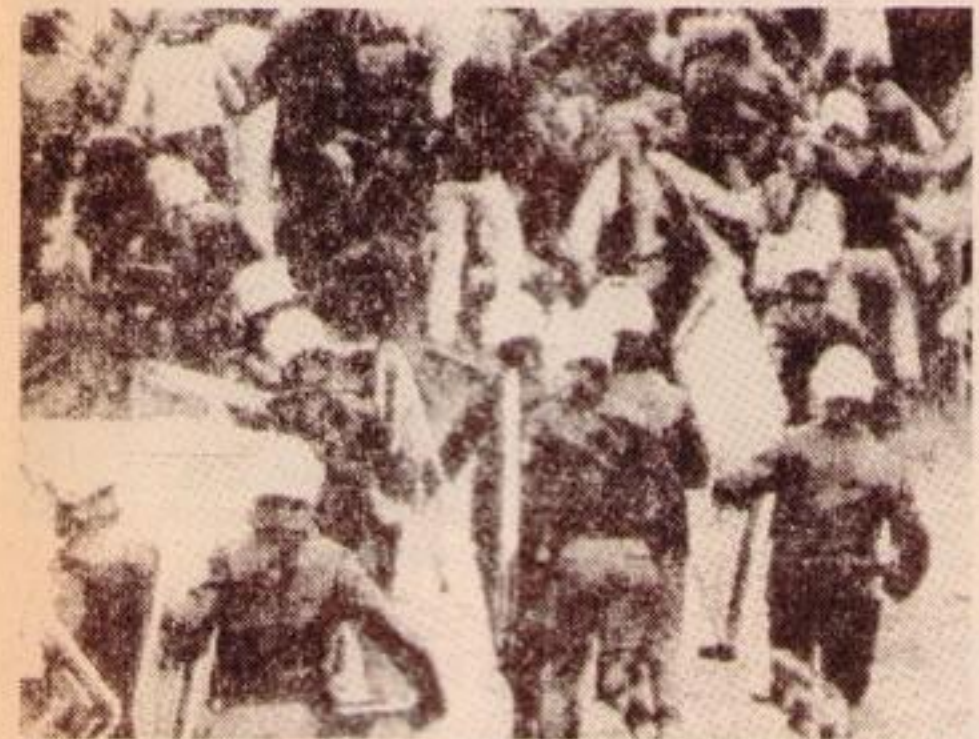
Demonstration gegen Strauß-Auftritt in Darmstadt

Strauß-Wahlkampf fordert erstes Todesopfer

# Durch Polizeieinsatz vor die S-Bahn getrieben

16jähriger Lehrling erlag den Verletzungen

Am vergangenen Freitag erlag der 16jährige Tischlerlehrling Olav Ritzmann den Verletzungen, die er infolge eines Polizeieinsatzes gegen Strauß-Gegner am Montag, den 25. August in Hamburg erlitten hatte. Durch ihr brutales Vorgehen gegen eine friedliche Kundgebung hatte die Poli-



Brutal ging die Polizei gegen die Demonstranten vor. Vor der Polizei floh der sechzehnjährige Olav Ritzmann in den Tod.

Der Vorgang spielte sich in etwa wie folgt ab:

Von der großen Demonstration der 40 000 Antifaschisten, die gegen den Auftritt des Kanzler-Kandidaten Strauß in der Ernst-Merck-Halle protestierten, sonderte sich ein Zug von etwa 4 000 Strauß-Gegnern ab, der friedlich auf einer von der Polizei nicht genehmigten Route zum Auftrittsort des Kanzlerkandidaten demonstrieren wollte. Dieser Zug wurde das erstmal am Heiligen-Geistfeld von Polizeikräften überfallen und mit Brachialgewalt zersprengt. Die zerstreuten Demonstranten sammelten sich wieder um einen Lautsprecherwagen und demonstrierten friedlich weiter bis zur Sternschanze. Dort wurde eine Abschlussskundgebung abgehalten.

Als bereits die Kundgebung für beendet erklärt war und sich

aufzulösen begann, erfolgte ein zweiter Überfall der Polizei. Ca. 20 Polizeiwagen fuhren mit Blaulicht heran und die heraus-springenden Polizisten fielen die bereits auseinandergehenden Kundgebungsteilnehmer in brutalster Weise an. Dabei machten sie zum Beispiel auch vor einem als solchem kenntlich gemachten Sanitätsfahrzeug nicht Halt, griffen es an und beschädigten es. Viele Kundgebungsteilnehmer, darunter der Lehrling Olav Ritzmann, flohen in die Halle des S-Bahnhofs Sternschanze, und von da eine Treppe hinauf auf die Bahnsteige. Die Panik wurde dadurch verstärkt, daß die Polizei Tränengasgranaten in die Bahnhofshalle und wahrscheinlich auch auf die mit Menschen überfüllten Bahnsteige schoß. Von den Bahnsteigen flüchteten einige auf die Gleise der

zei die Teilnehmer teilweise in Panik versetzt und auf die Gleise eines S-Bahnhofs getrieben. Dabei wurde Olav Ritzmann von einem einfahrenden Zug erfaßt und lebensgefährlich verletzt.

S-Bahn, und hier wurde Olav Ritzmann von einem einfahrenden Zug erfaßt und tödlich verletzt.

Ob Olav möglicherweise durch Tränengas geblendet war, war bis Redaktionsschluß nicht bekannt. Unklar war auch noch, ob zu dem Zeitpunkt des blutigen Geschehens Polizei unmittelbar auf dem Bahnsteig anwesend war und Olav womöglich eigenhändig auf die Gleise gestoßen hat.

Sicher aber ist, daß die Ursache von Olavs Tod in dem brutalen und durch nichts zu rechtfertigenden Polizeieinsatz zu sehen ist, und in nichts anderem sonst.

In einer Pressekonferenz hat die Hamburger Polizeiführung den durch unzählige Zeugen belegten Polizeieinsatz am S-Bahnhof Sternschanze überhaupt zu leugnen gesucht. Nichts zeigt besser die Unhaltbarkeit der Lügen, die über den Tod des Jugendlichen von offizieller Seite der Öffentlichkeit aufgetischt werden.

Olav Ritzmann ist das erste Todesopfer, das die Kandidatur des Franz Josef Strauß zum Kanzler gefordert hat. Der Tod des Jugendlichen ist eine logische Folge des Straußschen

Auftretens und der Art und Weise, wie Strauß seinen Kanzleranspruch durchzusetzen versucht. Die Wahlkampf-Auftritte des Herrn Strauß sind ausgeklügelte Provokationen ungeheuersten Ausmaßes, sie sind gleichzeitig Demonstrationen polizeistaatlicher Machtfülle, und es ist nichts anderem als glücklichen Umständen zu verdanken, daß bisher noch kein Menschenleben auf der Strecke geblieben ist.

In Hamburg wartete am Montag letzter Woche eine durch die Krawall-Reden der Politiker aufgeheizte Polizei-Soldateska in Stärke von wenigstens 3 000 Mann darauf, zuzuschlagen und die Strauß-Gegner und Antifaschisten das Fürchten zu lehren. Es warteten wieder die schwarz-rot-goldenen Dreigroschenjungs und Verfassungsschutzagenten, um nach Bremer Muster durch spektakuläre Terroraktivitäten ihren Politikern neuen Stoff zu den „Krawall-Debatten“ und der Polizei neue Vorwände zum Lospreschen zu liefern. Und der Aufmarsch hat sein Ergebnis gezeitigt. Er hat dem jungen Olav Ritzmann das Leben gekostet.



40 000 Menschen protestierten in einer beeindruckenden Demonstration gegen den Auftritt des Kanzlerkandidaten Strauß in Hamburg.

## Polizeiopfer als Angeklagte vor Gericht Sieben Polizisten schlugen Frau nieder

Ein weiterer Scharnhorster Fall

Während der brutale Polizeieinsatz vom 9. August in Scharnhorst immer neue Wellen der Empörung schlägt, wird vor einem Dortmunder Gericht ein weiterer Fall Scharnhorster Polizeipraxis verhandelt. Angeklagt waren die — Opfer.

Im Sommer letzten Jahres, waren die Eheleute Antonia und Walter B. auf die Scharnhorster Wache gegangen, um sich dort nach ihrem Sohn Waldemar zu erkundigen. Dieser war zuvor aufgrund eines Haftbefehls auf offener Straße verhaftet worden. Auf der Wache aber kam es zu einem Angriff der Polizisten auf das Ehepaar. Mit Fäusten und Schlagstöcken drangen sieben Beamte auf die 42jährige Antonia B. ein und schlugen sie zu Boden. Der Ehemann Walter wurde mit sechs Faustschlägen traktiert, die ihm das Trommelfell platzen ließen.

Vor dem Richter gab der Wachhabende nun zynisch an,

nur so sei der Widerstand zu brechen gewesen. Welcher Widerstand? Die angeklagten Eheleute bestritten jede Widerstandshandlung. — Bezeichnend ist, daß die Polizeischläger vor ihrem Angriff erst einmal sämtliche Vorhänge der Wache zuzogen, um ihre „Heldentaten“ vor den Blicken einer vielköpfigen wartenden Menschenmenge zu verbergen.

Der Richter verurteilte die Eheleute zu je 400 Mark Geldbuße. Antonia und Walter B. jedoch sind nicht bereit, die Scharnhorster Polizeipraktiken widerstandslos hinzunehmen. Sie haben Anzeige gegen die Polizeischläger gestellt.



Schilderten noch einmal die Vorfälle beim Polizeieinsatz am Baderweg: Betroffene Festteilnehmer beider Pressekonferenz der Bürgerinitiative.

60 Bürger erstatten Anzeige gegen die Polizei

## „Wir fordern Bestrafung der Schläger“

Bürgerinitiative gegen Polizeieinsatz in Scharnhorst

DORTMUND. — Anfang letzter Woche richteten Bürger des Dortmunder Stadtteils Scharnhorst auf einer Pressekonferenz scharfe Vorwürfe gegen die Polizei. In der Nacht vom 9. auf den 10. August hatte ein Sondereinsatzkommando der Polizei mit Hunden, gezückten Pistolen, Tränengas und Schlägen einem Stadtteilstfest ein jähes Ende bereitet. Die Teilnehmer des Festes, die mittlerweile eine Bürgerinitiative gegen die Polizeiübergriffe ins Leben gerufen haben, erstatteten 60 Anzeigen und Dienstaufsichtsbeschwerden gegen die Polizeibeamten.

Die Ereignisse in der Nacht vom 9. auf den 10. August liefen wie folgt ab:

Die Bewohner des Baderweges 11 bis 17 im Dortmunder Stadtteil Scharnhorst — hier leben überwiegend Arbeiter der nahegelegenen Hoesch-Werke sowie kleinere und mittlere Angestellte und Beamte — veranstalteten ein Stadtteilstfest. Eine Genehmigung der Neuen Heimat — des Mietscherrn — liegt vor. Gegen 22 Uhr 30 aber erschienen zwei Polizisten auf dem bis dahin nach Zeugenaussagen „ruhig und diszipliniert“ verlaufenen Fest. Ihrer Aufforderung, die Musik bis spätestens 23 Uhr abzudrehen, folgten die Festteilnehmer. Gegen 23 Uhr brechen zwei weitere Polizisten das Fest offiziell ab. Die meisten Teilnehmer gehen nach Hause.

Um 0 Uhr 30 umstellen Polizeibeamte in Zivil — Mitglieder eines Sonderkommandos der Dortmunder Polizei — uniformierte Beamte sowie eine Hundestaffel den Festplatz, einen mit hohen Gittern umzäunten Basketballplatz, der von den Bewohnern „Affenkäfig“ genannt wird. Die 30 Personen, die zu diesem Zeitpunkt noch mit Aufräumarbeiten auf dem Gelände befaßt sind, werden aufgefordert, den Platz sofort zu verlassen. Zwei Minuten später erfolgt der Polizeieinsatz. Der Einsatzleiter befiehlt, den Platz mit Gewalt zu räumen.

Bei der Räumung gehen die Polizeibeamten mit äußerster Brutalität vor. Festteilnehmer, darunter Kinder und schwangere Frauen, sowie zufällig vorbeikommende Passanten werden geschlagen. Die an der langen Leine gehaltenen Polizeihunde springen einige Anwesende an und werfen sie zu Boden. Ein Polizeibeamter bedroht eine Frau und ihren Sohn mit der Dienstpistole. In mindestens einem Fall wird Tränengas gegen einen wehrlosen Festteilnehmer eingesetzt.

Ein Kronzeuge des Geschehens war der Elektroniker und Oberleutnant der Bundeswehr, Eckehard Jehle aus Unna. Jehle war an dem Abend zu Gast bei Bekannten am Baderweg und nahm auch an dem Hoffest teil. Ungewollt wurde er zum unbetheiligten Zuschauer der Vorgänge: Er hatte gerade seine Freun-

de zu deren Wohnung gebracht und war auf dem Rückweg zum Festplatz, als vor ihm schon der Einsatz abrollte.

Jehle auf der Pressekonferenz: „Auch völlig friedlich dastehende Menschen wurden von den Beamten brutal gepackt und weggeschleift“. Als Jehle einen Beamten um seinen Namen bat, erhielt er einen Schlag gegen die Brust. Bevor der Einsatzbefehl kam, hatte Jehle einen der Polizisten, die das Gelände abriegelten, gefragt, ob er nicht noch einen Freund dort herausholen dürfe. Antwort des Beamten: „Wenn Sie da hineingehen, bekommen sie Schläge.“

Bei dem Polizeieinsatz wurden insgesamt 15 Menschen festgenommen, auf Waffen untersucht und zum Teil bis Sonntagmorgen um acht Uhr in den Polizeireviere Dortmund-Scharnhorst und Dortmund-Innenstadt festgehalten. Zahlreiche Festteilnehmer wurden bei dem Polizeieinsatz verletzt. Zum Zeitpunkt der Pressekonferenz lagen dem Rechtsanwalt sieben Atteste verletzter Festteilnehmer vor. Eine Frau war immer noch in der Unfallklinik. — Während des Polizeieinsatzes nannte keiner der Polizisten trotz mehrmaliger Aufforderung seinen Namen, bzw. es wurden Phantasienamen angegeben.

Die Bürger des Stadtteils Scharnhorst sind nicht bereit, die brutalen Polizeiübergriffe widerstandslos hinzunehmen. Wie die Bürger anderer Städte auch schließen sie sich gegen die Polizeiübergriffe zusammen. Sie haben eine Bürgerinitiative gegründet, die über den Vorfall und die Praktiken der Polizei aufklärt, Solidarität mit den Betroffenen schafft, und zivilrechtliche Maßnahmen und Strafanzeigen vorbereitet. Mit informellen Polizeiverlautbarungen, nach denen die Beamten ganz augenscheinlich „zu weit gegangen“ seien und sich einen „Fehltritt“ erlaubt hätten, sowie mit angeblichen Überlegungen der Polizei, ein Stadtteilstfest zwecks „Versöhnung“ mit der Bevölkerung durchzuführen, will man sich nicht zufrieden geben. 60 Bürger haben Strafanzeige oder Dienstaufsichtsbeschwerden gegen die Polizei gestellt.

## Nach Kritik am Teufel-Prozeß: Verfahren gegen 63 Anwälte

Weil sie die Strafanträge der Anklagebehörde gegen Fritz Teufel öffentlich kritisiert hatten, entschied der Generalstaatsanwalt beim Landgericht Berlin, standesrechtliche Ermittlungsverfahren gegen 63 Rechtsanwälte einzuleiten. Im Teufel-Prozeß hatte die Staatsanwaltschaft eine Freiheitsstrafe von zehn Jahren mit der Begründung beantragt, daß der Angeklagte nicht für jeden Tat-

vorwurf ein Alibi habe. Wenn die Anklagebehörde eine Täterschaft behauptet — so der Vorsitzende des Republikanischen Anwaltsvereins, Holtfort, müsse sie dafür Beweise erbringen. Holtfort schloß sich der Kritik an den Strafanträgen im Teufel-Prozeß an und forderte den Berliner Generalstaatsanwalt auf, deswegen das standesrechtliche Ermittlungsverfahren auch auf ihn auszudehnen.

## Rassismus in der BRD Anzeige gegen Stuttgarter Verkehrsdirektor

Der Verband Deutscher Sinti hat Anzeige gegen den Stuttgarter Verkehrsdirektor Faerber gestellt. Die Sinti werfen Faerber vor, Angehörige von Minderheiten, die für ihre Menschenwürde eintreten, „pauschal zu diskreditieren“. Faerber hatte im Informationsblatt des Stuttgarter Verkehrsvereins kritisiert, daß die Sinti entgegen seiner ursprünglichen Entscheidung im Juli auf dem „Wasen“

am Cannstatter Neckarufer Veranstaltungen der Zigeuner-Zeltmission durchführen durften. Dabei hatte er unter anderem die Ansicht geäußert, daß die Zigeuner „ihre Luxuskarossen längst nicht mehr vom Teppichhandel finanzieren können, sondern von sehr viel gefährlicherem Handel, der allerdings nicht in Hotels abzuwickeln“ sei.

## Stadt Bonn behindert Bolivien-Solidarität

Mit der Begründung der Verfassungswidrigkeit verbot das Ordnungsamt der Stadt Bonn am Samstag eine Straßensammlung zugunsten des bolivianischen Widerstands. Die geplante Sammlung war nach Ansicht der Behörde unvereinbar mit

dem Artikel 26 Abs. 1 des Grundgesetzes, der besagt, daß „Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören...“ verfassungswidrig seien.



Das beschlagnahmte Plakat der VOLKSFRONT.

## „Wahlbehinderung“

### Volkskorrespondenz aus Bremen

„Das ist doch Wahlbehinderung“, rief uns ein alter Mann zu, als wir die VOLKSFRONT-Plakate überklebten. Allerdings! Nicht genug damit, daß wir mühsam Unterschriften sammeln mußten, um überhaupt uns beteiligen zu können; da fühlt sich ein Mensch beleidigt, weil er als wütender Stier dargestellt wird. Und dieser Herr nimmt sich allerdings ganz einfach das Recht, demokratische Leute als Ratten und Schmeißfliegen zu bezeichnen. Also müssen wir hier in Bremen diesen Stier zukleben.

Die Reaktion der Leute war zum größten Teil so: Viele glaubten, wir seien eine CDU-Truppe und würden nun deswe-

gen dieses Plakat zukleben. Die meisten, die das annahmen, waren empört, wenige sagten: richtig so.

„Was macht ihr denn da“, kam drohend ein Mann aus der Kneipe. Wir erklärten ihm was los war, er war empört. „Das andere Plakat fand ich aber besser“, meinte ein Junge. Auch ihn klärten wir über die Aktion auf. Er war sprachlos. „Was stand denn da drauf“, wollten andere wissen. „Stoppt Strauß“, „Ist doch korrekt“, sprach und zog, als wir weg waren, den oberen Teil des Papiers wieder ab, so daß man es wieder lesen konnte. Wir stellten es fest, als wir noch mal da vorbeifuhren.

## „Da war doch der Strauß mit den Hörnern drauf“

### Volkskorrespondenz aus Witten

Als wir von dem Beschlagnahmebeschluß gegen die Strauß-Plakate hörten, setzte die VOLKSFRONT-Gruppe, in der ich auch mitarbeite, alle Hebel in Bewegung, um zu verhindern, daß uns die Polizei die Stellschilder abräumt.

Zunächst nahmen wir mit den Polizeistellen Verbindung auf (die zu diesem Zeitpunkt noch nichts von dem Beschluß wußten), um vorsorglich unsere Bereitschaft zu erklären, die Plakate auf den Stellschildern zu überkleben. Am späten Nachmittag wurden dann die Trupps eingeteilt und es ging los. Wie schon früher beim Aufstellen der Tafeln, so wurden wir auch jetzt wieder sehr oft von Passanten angesprochen, die ihre Unterstützung für unsere Aktionen gegen Strauß zum Ausdruck brachten.

An diesem Abend machte ich eine bemerkenswerte Feststellung. Als unser Trupp gerade eine Reihe von Stellschildern mit dem „Zensiert“-Plakat überklebt hatte, wurden wir von einem Ehepaar gefragt, was wir denn da machten. Es waren, wie sich im Gespräch herausstellte, keine besonders stark politisch engagierten, also sozusagen ganz „normale“ Leute. Ich fing an, die Sache mit der Beschlagnahme zu erklären, und die Frau sagte sofort: „Auf dem Plakat, da war doch der Strauß mit den Hörnern drauf.“ Auch später ist es mir noch mehrmals passiert, daß sich Menschen, mit denen wir während der Klebeaktion sprachen, spontan an das Strauß-Plakat erinnerten, das wir gerade überklebt hatten. Ich meine, das zeigt doch deutlich, daß dieses Plakat genau richtig gewesen ist; daß es Aufmerksamkeit erregt und Zustimmung gefunden hat. Denn welcher „normale“ Mensch nimmt in diesen Tagen ein Wahlplakat überhaupt wahr, geschweige denn, daß er sich später noch daran erinnert?

Noch etwas anderes war typisch: Die Empörung, mit der die Passanten durchweg auf die Beschlagnahme reagierten. Und die meisten waren besonders

sauer darüber, daß unsere Kritik an Strauß nicht nur in Bayern, sondern auch hier im sozialdemokratisch beherrschten Ruhrgebiet verboten worden war. Und über Strauß habe ich an diesem Abend Dinge gehört, die ich hier lieber nicht wiedergeben möchte. Sonst bekommt der RM am Ende auch noch eine Serie von Beleidigungsklagen.

Als wir dann einen Abend später noch einmal loszogen, um die restlichen Plakate zu überkleben, wurden wir von einer Gruppe Jugendlicher gestoppt, die eine regelrecht feindliche Haltung annahmen. Weil wir von anderen VOLKSFRONT-Kollegen schon gehört hatten, daß man sie beim Überkleben für Strauß-Leute gehalten hatte, beeilten wir uns, zu erklären, daß wir von der VOLKSFRONT wären und das schöne Plakat nur gezwungenerweise überkleben würden. Die Jugendlichen hatten sich in unserem Fall jedoch nur einen Ulk gemacht. Wie sich schnell herausstellte, waren sie über alles schon völlig im Bilde, obwohl ja der Beschlagnahmebeschluß erst am Tag zuvor herausgekommen war und keine Zeitung darüber berichtet hatte. Aber das Verbot unseres Plakates und unsere Reaktion darauf waren inzwischen schon Stadtgespräch unter der Wittern Jugend geworden. Mit den erwähnten Jugendlichen konnten wir sehr gut über die Ziele der VOLKSFRONT sprechen, und sie sicherten uns auch zu, an dem Fackelzug teilzunehmen, den wir für den Antikriegstag planen.

So hat bei uns die reaktionäre Beschlagnahmeaktion dazu geführt, die VOLKSFRONT noch weiter bekanntzumachen. Und das war ja wohl nicht im Sinne des Erfinders.

## Die Panzer für Pinochet werden nicht geliefert

### Leserbrief aus Salzburg

Liebe Genossen! Im RM Nr. 34 berichtet Ihr über die geplanten Waffenlieferungen der österreichischen Steyr-Werke an das faschistische Chile. Obwohl der Artikel sonst die Ereignisse und Fakten korrekt darstellt, ist das Wichtigste daran falsch: Die Panzer und anderen Waffen werden nicht geliefert!

Sofort nach Bekanntwerden des Blutgeschäftes hat sich in Österreich insbesondere unter der Jugend und hinein bis in die Gewerkschaften und die SPÖ spontan ein breiter Proteststurm erhoben. So sprach sich unter anderem auch der Vorstand der Sozialistischen Jugend sofort dagegen aus, und der Vorsitzende der Eisenbahngewerkschaft, Prechtl, erklärte, daß nötigenfalls der Abtransport der Waffen verhindert

würde. Die Gruppe Marxisten-Leninisten griff mit Flugblättern und einer Unterschriftenliste an den ÖGB-Vorstand in die Protestbewegung ein, und in Wien wurde eine Demonstration mit mehreren tausend Teilnehmern unter der Hauptlosung „Keine Panzer nach Chile!“ durchgeführt.

Aufgrund der breiten Bewegung mußte die Kreisky-Regierung, die sich zuerst für die Waffenlieferungen eingesetzt hatte, umschwenken und schließlich den Steyr-Werken das Waffengeschäft mit Chile untersagen. Ein großartiger Erfolg der antifaschistischen und antimilitaristischen Bewegung in Österreich!

Für die Gruppe Marxisten-Leninisten  
Othmar Zendron (Vors.)



Österreichische Jagdpanzer „Kürassier“. Massenproteste stoppten den Verkauf nach Chile.

## Aus einem Flugblatt der Gruppe Marxisten-Leninisten

Trotz des Widerstands des chilenischen Volkes kann die faschistische Junta aufgrund ihres großen Waffenpotentials und rücksichtsloser Unterdrückung weiterhin bestehen.

Heute, sieben Jahre später liefert die österreichische Regierung hundert Jagdpanzer Kürassier, sechs Bergepanzer, sechs Schützenpanzer, 360 Maschinengewehre und 112 MGs, die den Kampf des chilenischen Volkes weiter hinauszögern und in deren Geschossen noch weitere tausende Chilenen ihr Leben lassen werden, bis sie die derzeit herrschende faschistische Regierung gestürzt haben.

Zwar gebärdet sich die österreichische Regierung oft als „Freund“ der Entwicklungsländer, doch in Wahrheit unterhält sie gute Beziehungen zu allen rassistischen, faschistischen und ultrareaktionären Regimen in der ganzen Welt (Südafrika, Israel, lateinamerikanische Staaten...). In der UNO tritt die österreichische Delegation stets gegen die berechtigten Interessen und Forderungen der Völker auf und verweigert ihre Zustimmung für korrekte und fortschrittliche Resolutionen.

Diese reaktionäre, imperialistische Außenpolitik ist meist gut abgestimmt mit den Machenschaften der NATO-Staaten, wodurch Österreich praktisch als Teil dieses aggressiven Westblocks handelt. Entsprechend dieser Politik ist es auch nicht verwunderlich, daß Österreich in der Liste der 25 größten Waffenexporteure (an 23. Stelle) der Welt erscheint (SIPRI-Studie) und der Jahresumsatz der österreichischen Kriegsindustrie bereits 8,5 Milliarden Schilling erreicht. Unsere ach so „neutrale“ Republik exportiert Kriegsgüter in vierzig Länder, wobei die Waffen an die faschistischen Staaten La-

teinamerikas nicht gerade den kleinsten Teil ausmachen.

Ein Grund dafür sind — neben der Verbundenheit mit der NATO — die ungeheueren Profite, die aus der Kriegsrüstung gezogen werden können. Während ein Steyr-Arbeiter im zivilen Bereich nur 623 000 Schilling Umsatz einbringt, beträgt der Umsatz bei der Kriegsproduktion 1,1 Millionen Schilling pro Arbeiter. Das bedeutet auch, daß der Profit aus dem Kriegsgeschäft um vieles höher liegt, während zugleich aber weniger Arbeitsplätze gesichert sind als in der Zivilindustrie: Nach Berechnungen des Internationalen Metallgewerkschaftsbundes schafft 1 Milliarde Schilling Investition in der Zivilindustrie 88 000 Arbeitsplätze, hingegen in der Rüstungsindustrie nur 46 000. Gleichzeitig bringt aber eine Profitsteigerung keineswegs mehr Arbeitsplätze: So stieg der Nettogewinn bei Steyr in fünf Jahren (75 bis 79) um fast 50 Prozent, während die Beschäftigtenzahlen um 1 Prozent fielen. Außerdem investieren die Steyr-Werke (ganz „unpatriotisch“) keineswegs nur in Österreich, sondern sind in typisch imperialistischer Manier dazu übergegangen, Fabriken in Billiglohnländern (Nigeria, Griechenland, Spanien) zu gründen, wo für sie der Profit natürlich noch höher liegt.

Wir österreichischen Werktätigen haben bereits einmal elf Jahre Faschismus mitgemacht (1934 bis 1945), sodaß wir (zumindest von unseren Eltern) wissen, was es bedeutet ein solches System zu unterstützen. **Keine österreichischen Waffen nach Chile!**  
**Keine Waffenlieferungen an faschistische Staaten!**  
**Solidarität mit dem antifaschistischen Kampf in Chile!**



Immer häufiger werden die provokativen öffentlichen Auftritte der Bundeswehr. Hier eine Rekrutenvereidigung.

## Unfeierlicher Vorbeimarsch

### Volkskorrespondenz aus Detmold

DETMOLD. Am letzten Sonnabend sollte in der Detmolder Innenstadt der „Feierliche Vorbeimarsch“ der Panzerbrigade 21 aus Augustdorf, die aus einem Manöver zurückkehrte, stattfinden. Die Bundeswehr hatte sich viel Mühe gegeben: Eine geschmückte Ehrentribüne war aufgestellt worden, ein Musikkorps spielte, es gab bunte Prospekte, und die Panzer waren mit Heidekraut geschmückt.

Schon eine Stunde vorher versammelten sich viele Menschen an der Straße, durch die die Parade führen sollte.

Doch der Vorbeimarsch wurde recht unfeierlich: Die große Mehrheit der Zuschauer waren Kriegsgegner und feierte die Panzer mit Pfiffen, Buhrufen, Transparenten wie „Rüstung = Frieden? Niemals!“ und Sprechchören wie „Panzer raus!“, auch Farbeier wurden geworfen. Unter diesen Umständen war die Ehrentribüne kaum besetzt und die Panzer, in denen meist Dienstgrade saßen, gaben lieber schnell Gas. Nur wenige klatschten Beifall — die ganze Propagandashow verlief recht ungünstig.

Die Polizei hatte einige Hundertschaften aufgeboden, um die Feier zu schützen und

nutzte so auch jede Gelegenheit zum Einsatz gegen die Kriegsgegner. In Richtung eines Farbeiwerfers wurde Chemische Keule über die Menge geschleudert, es kam zu Verätzungen im Gesicht, und dann wurde losgeschlagen, um Gefangene zu machen. Zeugen beobachteten, wie Festgenommene in die Nieren getreten und mit der Faust an den Kopf geschlagen wurden.

Sieben Kriegsgegner wurden so festgenommen. Doch spontan zogen mehrere hundert Menschen in einer Demonstration zum Polizeipräsidium, blockierten dort die Straße und forderten die Freilassung der Festgenommenen. Mit Beifall wurden alle sieben, die nach erkennungsdienstlicher Behandlung nach und nach freikamen, begrüßt. Erst dann ging der Zug zurück zur Innenstadt.

Diese erfolgreiche Unfeierlichkeit war initiiert von einer breiten Aktionseinheit, an der sich unter anderem auch die VOLKSFRONT beteiligt hatte. Die DfG-VK hatte sich daran nicht beteiligt, und beim Marsch zum Polizeipräsidium fehlten sie.

Eine derart massive antimilitaristische Aktion hatte es in Detmold noch nicht gegeben.

### Abonniert das Zentralorgan der KPD

Hiermit bestelle ich:

Abonnement ab Nr. ....

☐ für 1 Jahr

☐ für 1/2 Jahr

☐ Probenummer



Die Zahlung erfolgt:

☐ jährlich  
DM 60.-

☐ halbjährlich  
DM 30.-

Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

### Bestellt Informationsmaterial der KPD

☐ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD

☐ Ich möchte Mitglied der KPD werden.

Name: .....

Straße: .....

Plz./Ort: .....

Datum: ..... Unterschrift: .....

(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Ausschneiden und einsenden an das Parteibüro der KPD, Wellingerhof Str. 103, Postfach 30 05 26, 4600 Dortmund 30.

Arbeiteraufstand in Polen — Bankrott des Kommunismus?

# Nur der Sozialismus kann Polen retten!

Der große Kampf der polnischen Arbeiterklasse hat hierzulande erwartungsgemäß all die berufsmäßigen Propheten des Kapitalismus auf den Plan gerufen, die nun alltäglich ihre „Analysen“ der Ereignisse im Lande Giereks absondern. Am eifrigsten gebärden sich dabei — wie könnte es auch anders

Für sie ist die Streikbewegung in Polen nur eine Bestätigung ihres Wahllogans. Der Kommunismus, so sagen sie, ist seinem Wesen nach freiheits- und menschenfeindlich; das sozialistische System erlebe gegenwärtig in Polen seinen vollständigen Bankrott, es sei an einem Punkt angelangt, wo es nicht einmal die grundlegendsten Bedürfnisse der Bevölkerung erfüllen könne. Verbunden sind solche Sprüche dann stets mit den glühendsten Solidaritätsbekundungen an die Adresse der polnischen Arbeiter. Was sich natürlich recht merkwürdig ausnimmt; etwa angesichts der Tatsache, daß während der Septemberstreiks der westdeutschen Arbeiter im Jahr 1969 aus den gleichen Kreisen nicht nur blanker, tödlicher Haß den Streikenden entgegenschlug, sondern auch die Forderung zu hören war: „Ruhig mal einen tschießen!“

Von einem Bankrott des Sozialismus reden sie also jetzt. Aber schauen wir uns die Tatsachen an. Unbestritten gibt es in Polen Erscheinungen einer tiefgehenden wirtschaftlichen Krise. Und nicht nur dort. Auch die anderen Länder des RGW sind von dieser Krise erfaßt, manche weniger wie die DDR, manche stärker wie Rumänien oder die Sowjetunion. Nur, warum soll das eine „sozialistische“ Krise sein? Wenn wir etwa die Entwicklung in Polen betrachten, wo die Zerrüttung der Wirtschaft am weitesten fortgeschritten ist, so stoßen wir als unmittelbaren Auslöser für die jetzigen Kämpfe der Arbeiter auf die drastische Erhöhung der Fleischpreise, die Bestandteil einer Teuerung ist, deren Rate bei realistischen Schätzungen die 10-Prozent-Grenze längst überschritten hat. Andere Faktoren, die auch hierzulande für die wirtschaftliche Misere in Polen verantwortlich gemacht werden, sind etwa der Niedergang der Landwirtschaft oder die extrem hohe Auslandsverschuldung, die einen Grad erreicht hat, wo nahezu alle Exporterlöse von der Begleichung der Zinsen verschlungen werden.

Aber all das sind Erscheinungen, die man genauso gut in den westlichen kapitalistischen Ländern findet. Die Teuerungsrate zum Beispiel ist sogar in den USA noch höher als in Polen. In diesem wirtschaftlich mächtigsten Land der Welt sind über sechs Millionen Werktätige ohne Arbeit; müssen Millionen Menschen — vor allem Schwarze — in absoluter Armut leben. Und in den wirtschaftlich schwächeren, von den imperialistischen Mächten abhängigen Ländern hat die Krise noch weitaus verheerendere Ausmaße. Es genügt hier wohl, darauf hinzuweisen, daß in Indien — als „größtes demokratisches Land“ gefeiert — jährlich Hunderttausende buchstäblich verhungern.

## Krise des Kapitalismus

Bankrott des Sozialismus? Nein. Was wir gegenwärtig erleben, ist die neuerliche Verschärfung der kapitalistischen

Krise in Ost und West. Und woran ist Gierek gescheitert? An dem Versuch, den auch seinesgleichen in der westlichen Welt tagtäglich unternimmt, nämlich die Lasten dieser Krise durch Verschärfung der Ausbeutung, Anheizen der Inflation usw. auf die Schultern der Werktätigen abzuwälzen. Dagegen haben sich die polnischen Arbeiter zum Kampf erhoben. Dagegen wehren sich die Werktätigen überall in der kapitalistischen Welt. Und denjenigen, die jetzt heuchlerisch die Streikfreiheit jenseits der Oder fordern, sei empfohlen, zur Abwechslung den Blick auch einmal über den Rhein zu werfen: Im Nachbarland Frankreich wird gerade der Kampf, den die kleinen Fischer um die Erhaltung ihrer nackten Existenz führen, mit dem Einsatz der Kriegsmarine gebrochen.

Die Propagandisten des Kapitalismus in unserem Land leugnen nicht nur die Tatsache, daß die gegenwärtige Krise in Ost und West die gleichen Erscheinungsformen hat. Sie versuchen krampfhaft, all die Tatsachen zu vertuschen und aus der Welt zu schaffen, die darauf schließen lassen, daß diese Erscheinungen auch gemeinsame Wurzeln haben. In Wahrheit ist die Krise in West und Ost gleichermaßen Ausdruck der kapitalistischen Produktionsverhältnisse. Nicht der Sozialismus hat zu den Verhältnissen geführt, unter denen Polen heute leidet, sondern umgekehrt: Diese Verhältnisse sind die unausbleibliche Folge der Tatsache, daß in Polen das sozialistische System zerstört und der Kapitalismus allseitig restauriert wurde.

Vergleichen wir einmal die jetzige zyklische Krise mit der von 1929/32, der tiefgreifendsten, die der Kapitalismus bislang erlebt hat. Nach der Logik derjenigen, die heute vom „Bankrott des Sozialismus“ reden, hätte der damals einzige sozialistische Staat, die Sowjetunion, besonders tief im Strudel dieser Krise versinken müssen. Das Gegenteil geschah. Es gab in der Sowjetunion damals weder das jähe Einbrechen der Produktion, noch Zusammenbrüche ganzer Branchen, Massenstilllegungen; es gab weder Arbeitslosenquoten von 50 Prozent noch das damit verbundene Massenelend. Die sozialistische Sowjetunion zeigte sich gänzlich unberührt von der Krise, sie steigerte in jenen Jahren planmäßig ihre wirtschaftlichen Potenzen und den Wohlstand der Werktätigen.

## Albanien — unberührt von der Krise

Aber man muß — will man das Gerede vom „Bankrott des Kommunismus“ entlarven — nicht einmal in die Vergangenheit der Stalinschen Sowjetunion zurückgehen. Es gibt auch heute ein Land, ein einziges Land inmitten der kapitalistisch-revisionistischen Welt, in dem wirklich der Sozialismus aufgebaut wird: die SVR Albanien. Ihre Existenz ist ein unmittelbar gegenwärtig und le-

bendiger Beweis der Überlegenheit des Sozialismus über die kapitalistischen Systeme der westlichen und östlichen Spielart. Dieses Albanien ist heute von der Krise ebenso unberührt wie es die Sowjetunion vor 50 Jahren war.

Ihre Wirtschaft hat eine planmäßige und kontinuierliche Aufwärtsentwicklung genommen. Im vergangenen Jahr war das industrielle Gesamtprodukt bei jährlichen Wachstumsraten von durchschnittlich 12,4 Prozent 125 mal so groß wie vor der Befreiung des Landes. Eine unvergleichliche Leistung des sozialistischen Systems. Wäh-



Streikundgebung auf der Lenin-Werft.

rend Polen oder die Sowjetunion von Exportländern für Agrarprodukte auf die Stufe von Importeuren für amerikanischen Weizen herabsanken, war in Albanien die Entwicklung gerade umgekehrt. Dort wurde die Produktion von Brotgetreide in den letzten zwanzig Jahren verdreifacht. Damit ist das Land zum ersten Mal in seiner Geschichte in der Lage, alles benötigte Getreide selbst herzustellen.

Von einer Krise der Landwirtschaft keine Spur. Im Gegenteil. Das Wachstum des Realeinkommens der Genossenschaftsbauern wies in den letzten Fünfjahrplänen Raten von jeweils über 13 Prozent auf. Bei den Arbeitern und Angestellten waren es etwa 10 Prozent. Diese Zahlen belegen nicht nur den stetig wachsenden Wohlstand der Werktätigen in Albanien, sie zeigen auch, daß das Einkommen der Bauern schneller wächst als das der städtischen Werktätigen, daß sich auch in

sein — die Gefolgsleute des Franz Josef Strauß, die gerade in diesen Wochen unter der Losung „Freiheit statt Sozialismus“ für ihren Meister in den Wahlkampf ziehen.

bezug auf die Kaufkraft die für alle kapitalistischen Länder typische Schere zwischen Stadt und Land immer mehr schließt. Und gerade Polen ist ja ein Land mit besonders ausgeprägter Verelendung der ländlichen Bevölkerung.

In Albanien ist Realeinkommen überdies auch tatsächlich Realeinkommen. Es gibt keine Steuern oder sonstige Abgaben an den Staat. Inflation und Teuerung sind völlig unbekannt (zwischen 1958 und 1976 sind die Preise für Massenbedarfsgüter sogar um 8 bis 25 Prozent gefallen). Im sozialistischen Albanien gibt es keine

gekennzeichnet ist von wirtschaftlichem Aufschwung, wachsendem Wohlstand, umfassender Demokratie für die Werktätigen usw. Und natürlich muß in diesem Zusammenhang auch die Frage beantwortet werden, warum denn die Entwicklung in Albanien und in Polen eine so gegensätzliche Richtung genommen hat.

Beide Länder hatten zunächst eine ähnliche Ausgangslage. Am Anfang stand die Befreiung von der Herrschaft der deutschen Faschisten, die in Albanien ausschließlich das Werk des von der kommunistischen Partei geführten Volkes war, während in Polen wie auch in den anderen Ländern des heutigen RGW die Stalinische Rote Armee der hauptsächlichste Faktor bei der Befreiung war. In beiden Ländern wurde eine Rückkehr der alten herrschenden Klassen an die Macht verhindert, wurde unter der Führung der kommunistischen Partei mit der sozialistischen Umgestaltung begonnen.

Aber schon in den fünfziger Jahren traten in der polnischen Entwicklung tiefgreifende und sichtbare Veränderungen ein. Wie beispielsweise auch in Ungarn unternahm 1956 in Polen die von der Macht verdrängten Klassen, die offene Konterrevolution, einen blutigen Vorstoß. Sie zettelten gewaltsame Unruhen an, um ihre verlorenen Positionen wiederzugewinnen. Der Putsch selbst wurde unter Einsatz des Militärs niedergeschlagen. Von einer wirklichen Unterdrückung der Konterrevolution konnte keine Rede sein. Im Gegenteil. Es wurde sozusagen ein Kompromiß mit ihr geschlossen. Das kam zum einen darin zum Ausdruck, daß der organisierten Konterrevolution, vor allem der Katholischen Kirche, ein nahezu unbegrenztes Betätigungsfeld eingeräumt wurde. Ein Ergebnis davon ist beispielsweise die Tatsache, daß im heutigen Polen unter der Führung von Bischöfen und Kardinälen ungehindert Sympathiekundgebungen für das faschistische Pilsudski-Regime der zwanziger Jahre durchgeführt werden können.

Der Kompromiß mit der Konterrevolution fand 1956 vor allem darin seinen Ausdruck, daß die Partei ihre Führung auswechselte und an ihre Spitze mit Gomulka einen Mann stellte, der wenige Jahre zuvor von den sozialistischen Gerichten des Landes als Verbrecher abgeurteilt und ins Gefängnis geworfen worden war. Einen Mann, den selbst Chruschtschow im vertrauten Kreis als Faschisten zu bezeichnen pflegte. Es erhebt sich natürlich die Frage, wie sich die polnische Partei auf diese faktische Selbstaufgabe einlassen konnte. Zudem stellt sich aber auch die Frage nach der Haltung der Arbeiterklasse und der übrigen Werktätigen, die nicht nur den Kompromiß mit der Konterrevolution relativ gleichgültig hingenommen haben, sondern die teilweise sogar eine Reserve der konterrevolutionären Unruhen von 1956 gewesen waren. Letzteres übrigens eine Erscheinung, die auch 1956 in Ungarn oder 1968 in der Tschechoslo-

wakei beobachtet werden konnte.

## Die Rolle der Partei

Enver Hoxha hat, auf die Werktätigen dieser Länder bezogen, gesagt: „Für sie war der Kommunismus ein leeres Wort, ein Zwischenfall.“ Das bedeutet: Anders als in Albanien hat es in diesen Ländern keine ernsthafte, von den marxistisch-leninistischen Prinzipien durchgeführte Arbeit der kommunistischen Parteien gegeben. Sie hatten keine wirklich revolutionären Verbindungen zu den Massen herausgebildet, waren vielmehr stark von bürokratischen und technokratischen Tendenzen geprägt. In Polen kam hinzu, daß sich die kommunistische Partei mit der sozialdemokratischen Partei verschmolzen hatte, allerdings nicht auf der Basis einer tiefgreifenden Bolschewisierung der dadurch neu entstandenen Partei, sondern auf der Grundlage des Liberalismus gegenüber allen möglichen bürgerlichen Strömungen.

All das schwächte und untergrub die Einheit der Partei, führte zu einer weitgehenden Entfremdung zwischen der Führung und den Massen der Mitglieder einerseits und andererseits zwischen der Partei insgesamt und der Arbeiterklasse. So ist die Tatsache zu erklären, daß in der polnischen Partei revisionistische, bürgerliche Elemente wie Gomulka relativ kampfflos die Macht übernehmen und den erwähnten Kompromiß mit der Konterrevolution eingehen konnten. Und in diesen Erscheinungen einer bürgerlichen Entartung der Partei liegt auch der Schlüssel für eine nachhaltige ideologische und politische Verwirrung von Teilen der Arbeiterklasse und der übrigen Werktätigen. Denn ihnen wurden ja all die antiproletarischen, bürgerlichen Tendenzen, die Partei und Staat zerfraßen und von denen sie zu Recht abgestoßen wurden, als Sozialismus verkauft. Eine Folge dieser Verwirrung ist gerade in Polen der zunehmende Einfluß anderer reaktionärer Ideologien — wie etwa der Religion — auf die vom Scheinsozialismus enttäuschte Arbeiterklasse.

In Albanien hat es — wie selbst bürgerliche Ideologen zugeben müssen — weder einen 17. Juni noch einen „Prager Frühling“ oder gar offene Revolten wie in Polen oder Ungarn gegeben. Und das hatte seine Ursache nicht nur in der konsequenten Niederhaltung der Konterrevolution durch die Organe der proletarischen Diktatur in Albanien. Entscheidend ist hier die Tatsache, daß konterrevolutionäre Strömungen, die es in Albanien selbstverständlich auch gegeben hat, niemals auch nur den geringsten Einfluß unter den Massen gewinnen konnten. Denn dort hat es zu keiner Zeit eine Entfremdung zwischen den Werktätigen und ihrer Partei gegeben. Die Ursache dafür liegt in der Tatsache, daß die Partei der

Fortsetzung auf Seite 10

# Nur der Sozialismus kann Polen retten!

Fortsetzung von Seite 9

Arbeit Albanien stets ihre Einheit auf der Grundlage der marxistisch-leninistischen Prinzipien gewahrt hat, daß sie damit immer nicht nur Führerin, sondern auch Teil der Arbeiterklasse geblieben ist.

Alle Tendenzen zum Bürokratismus, die langfristig zu einer immer stärkeren Trennung der Partei von den Massen und zur Herausbildung einer privilegierten Kaste führen, sind in Albanien rücksichtslos bekämpft worden.

## Restauration des Kapitalismus

In Polen dagegen hat die oben skizzierte Entwicklung dazu geführt, daß die revisionistischen, bürgerlichen Elemente die Partei nach und nach zerstören konnten. Als Gomulka 1970 unter dem Druck des ersten großen Arbeiteraufstandes seinen Posten räumen und an Gierek abtreten mußte, hatte die Partei nicht nur von ihrer Linie, sondern auch von ihrer sozialen Zusammensetzung her den früher proletarischen Charakter verloren. Die Arbeiter machten nur noch etwa 10 Prozent der Mitgliedschaft aus, wohingegen die Lehrer zum Beispiel den doppelten Anteil hatten und Professoren, Dozenten und andere Spitzenvertreter der hochprivilegierten Intelligenz immerhin 40 Prozent der Mitgliedschaft stellten. Die Partei war zu einem Sammelbecken für Karrieristen geworden, und sie stand unter der Führung einer neuen revisionistischen Bourgeoisie.

Einher mit der Entartung der Partei und des von ihr kontrollierten Staatsapparates ging auch die kapitalistische Umwandlung der wirtschaftlichen Basis. Am augenfälligsten war das in der Landwirtschaft. Im Jahr 1944, also unmittelbar nach der Befreiung, war ein „Gesetz über die Bodenreform“ erlassen worden, mit dem die Klasse der Großgrundbesitzer liquidiert wurde. Nach diesem Gesetz waren Kauf, Verkauf oder Verpachtung des Bodens ebenso wie die Ausbeutung der Arbeitskraft in der Produktion verboten. Das Land der früheren Grundherren wurde an sieben Millionen arme Bauern verteilt. Damit und mit der nun beginnenden Kollektivierung waren die Grundlagen für die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft geschaffen.

Die revisionistische Bourgeoisie jedoch zerriß dieses Gesetz. Sie führte vor allem auf dem Land das Privateigentum in großem Umfang wieder ein. Heute wird nur noch ein Prozent der Nutzfläche genossenschaftlich bearbeitet (wobei jedoch auch die Genossenschaften ihren früheren sozialistischen Charakter verloren haben). Die Privatwirtschaften dagegen umfassen schon 84 Prozent der Nutzfläche. Offiziell ist der private Landbesitz zwar auf 15 ha begrenzt, tatsächlich aber gibt es keine Begrenzungen mehr für den uneingeschränkten Landerwerb durch die Großbauern. Mit dem von den Revisionisten eingeführten System der freien Verträge zwischen den landwirtschaftlichen Betrieben und dem Staat wurde zudem der kapitalistische Konkurrenz freie Bahn geschaffen. Die Folge davon ist die erneute Herausbildung von antagonistischen Klassen auf dem Land

gewesen. Heute ist die große Zahl der kleinen bauerlichen Wirtschaften zunehmender Verelendung und Ruinierung ausgesetzt, während sich die neue Klasse der großbäuerlichen Kulaken an der Arbeit der von ihr ausgebeuteten Proletarier mästen kann.

Die Verhältnisse in der heutigen polnischen Landwirtschaft unterscheiden sich also nur noch geringfügig von denen in westlichen kapitalistischen Ländern. Und wenn heute überall von der Krise dieser polnischen Landwirtschaft gesprochen wird, dann ist diese Krise eben das direkte Ergebnis der Wiederherstellung kapitalistischer Verhältnisse. Was dagegen eine wahrhaft sozialistische Landwirtschaft zu leisten vermag, welchen Wohlstand sie den in ihrer Produktion beschäftigten Menschen sichern kann, haben wir oben am Beispiel Albanien gesehen.

schaftsreformen in Polen haben die Planwirtschaft völlig zerstört und ein System der „Dezentralisierung“ geschaffen, nach dem jeder einzelne Betrieb auf dem Gebiet der Produktion, der Verteilung, der Akkumulation, der Investitionen usw. eine nahezu unbegrenzte Handlungsfreiheit hat. Dadurch ist aus der planmäßigen wirtschaftlichen Entwicklung, die — wie heute noch in Albanien — als wesentliches Ziel die Erhöhung des Wohlstandes der Werktätigen hatte, die kapitalistische Konkurrenz zwischen den einzelnen Betrieben geworden, wobei jede einzelne Betriebsleitung nur die engen Interessen der „Rentabilität“ des jeweiligen Werkes, sprich: den Profit, im Auge hat.

Die Mehrheit der Mittel, die für den materiellen Anreiz aufgeworfen werden, fließt direkt in die Taschen der Betriebsleiter und ihrer Leute. Durch solche kapitalistischen Formen der Verteilung können sich die Angehörigen der neuen Bourgeoisie ein Einkommen sichern, das zwanzigmal so hoch ist wie das

ständnis die herrschende Klasse sein soll, drückt sich auch darin aus, daß sie nicht einmal freie Wahlen zu den Gremien der Gewerkschaften zugestehen, sondern stattdessen die Funktionen von oben bestimmen lassen. Unter diesen Umständen haben die kämpfenden polnischen Arbeiter zu Recht die Forderung nach der Bildung von Gewerkschaften, die wirkliche Kampforgane der Klasse sind, mit an die erste Stelle gesetzt.

Neben der kapitalistischen Entartung des Staatseigentums gibt es in Polen aber auch eine breite Welle der Privatisierung vor allem im Handels- und Dienstleistungsbereich. Ebenso wie von der privatkapitalistisch organisierten Landwirtschaft geht von hier ein ständiger Druck nach weiteren „Reformen“ im Sinne einer nach westlichem Vorbild organisierten Profitwirtschaft aus. Das westliche Kapital selbst hat in Polen einen stärkeren Einfluß als in jedem anderen Land des RGW. Und das betrifft nicht nur die erwähnten Milliardenkredite.



Streikende Arbeiter in Lublin.

## Kapitalistisches Staatseigentum

Aber natürlich ist nicht nur die Landwirtschaft in Polen von der kapitalistischen Restauration betroffen worden. Die sozialistischen Eigentumsverhältnisse wurden insgesamt liquidiert. In der Industrie wurde zwar formal das Staatseigentum beibehalten. Und die Revisionisten berufen sich auf diese Form, um den angeblich sozialistischen Charakter des Eigentums zu beweisen. Dagegen hat aber schon Karl Marx festgestellt, daß unter einem Regime der Bourgeoisie auch Verstaatlichung von einzelnen Betrieben oder ganzen Betriebszweigen nichts am Wesen des Eigentumsverhältnisse ändert. Tatsächlich benutzt heute auch in Polen die neue Bourgeoisie das Staatseigentum, um sich den von der Arbeiterklasse geschaffenen Mehrwert anzueignen.

Ein Teil dieses Mehrwerts wird dabei wieder in neues Kapital verwandelt, der andere Teil wird in Form von Prämien, fetten Gehältern usw. an die Angehörigen der herrschenden Klasse verteilt. Gerade in der Entartung der ehemals sozialistischen Verteilungsverhältnisse kommt der kapitalistische Charakter des heutigen polnischen Systems besonders drastisch und offensichtlich zum Ausdruck. Hier herrscht nicht mehr das Prinzip der Entlohnung nach geleisteter Arbeit, sondern das Dschungelgesetz der Bereicherung um jeden Preis.

Die sogenannten Wirt-

der Arbeiter. Und die Arbeiterklasse selbst bekommt bei der Verteilung, wie in jedem kapitalistischen System, nur noch den Verkaufspreis ihrer Arbeitskraft in Form des Lohnes. Wobei auch dieser Lohn durch Teuerung und Inflation in Polen real bis nahezu auf das Existenzminimum hinuntergedrückt wurde. Gerade die massiven Einkommensverluste waren ja der auslösende Faktor der jetzigen Kämpfe.

## Die Arbeiterklasse ist von der Leitung ausgeschlossen

Ein anderer entscheidender Faktor der kapitalistischen Organisation der Wirtschaft ist die vollständige Ausschaltung der Arbeiterklasse von der Leitung der Betriebe. Das uneingeschränkte Kommando haben — wie gesagt — die Direktoren, die unter anderem auch selbstherrlich, ohne Zustimmung oder auch nur Absprache mit den Belegschaften, Arbeiter entlassen können. Aber die Arbeiter haben nicht nur jeglichen Einfluß auf die Leitung der Produktion verloren; auch ihre breitesten Massenorganisationen, die Gewerkschaften, sind zu Hebeln in der Hand der Bourgeoisie zur Disziplinierung des Proletariats, zur Steigerung der Arbeitshetze usw. gekommen. Die Angst der neuen Herren vor der Arbeiterklasse, die ja nach offiziellem Ver-

Westliches Kapital ist auch in polnischen Betrieben direkt angelegt; es gibt überdies eine ausgedehnte Kooperation zwischen den polnischen und westlichen Unternehmen in der Produktion im Lande selbst wie auch in dritten Ländern. So werden polnische Arbeiter also auch von westlichen Kapitalisten ausgebeutet.

## Das albanische Proletariat ist die herrschende Klasse

Wie kann man angesichts dieser Tatsachen noch von einem „Sozialismus“ in Polen sprechen? Was sich in diesem Land heute zeigt, ist die Anarchie, das Chaos des Kapitalismus mit all seinen auf das Lebensniveau der Massen drückenden Erscheinungen. Welcher Unterschied zum System des Sozialismus, wie es in Albanien existiert! Und das gilt nicht nur für die wirtschaftliche Lage der Werktätigen dort, sondern auch für deren Verhältnis zur Produktion. Wie schon oben festgestellt, kann in Albanien von einer Trennung zwischen der Partei und den Massen — die in Polen schließlich zu der heutigen scharfen Polarisierung der Klassen geführt hat — keine Rede sein. Die Partei der Arbeit ist immer eine scharfe Waffe zur Umsetzung der historischen wie der unmittelbaren Interessen der Arbeiterklasse geblieben. Und das war und ist die wichtigste Voraussetzung dafür, daß Albanien nicht den Weg

Polens oder der Sowjetunion, den Weg des Kapitalismus gegangen ist. Daneben gibt es jedoch auch zahlreiche Methoden, mit deren Hilfe die Arbeiterklasse unmittelbar an der Leitung des Staates und der Produktion beteiligt ist. Hier soll in bezug auf die Produktion nur erwähnt werden, daß Pläne und Normen in den Belegschaften diskutiert und gegen deren Widerstand auch nicht angenommen werden können. Ebenso untersteht die Betriebsleitung der ständigen Kontrolle nicht nur durch die Partei, sondern auch durch die gewerkschaftlich organisierte Belegschaft, die überdies auch das letzte Wort über die Berufung oder Abberufung von Direktoren spricht. Was die Gewerkschaften selbst betrifft, so sind sie wie alle Organisationen im sozialistischen Albanien nach dem Prinzip des demokratischen Zentralismus aufgebaut, was die durchgehende Wahl aller Organe einschließt und die in den revisionistischen oder kapitalistischen Ländern übliche Praxis der Ernennungen von oben völlig ausschließt.

Schließlich haben die Albaner gerade aufgrund der Erfahrung der revisionistischen Entartung in den Ländern Osteuropas besondere Formen herausgebildet, die zur ständigen Revolutionierung der Beziehungen zwischen Kader und Massen beitragen. Zu nennen wären etwa der vollständige Abbau aller Privilegien für die Kader, der sich besonders auch hier im Prinzip der Verteilung ausdrückt, wo der höchste und der niedrigste Lohn inzwischen im Verhältnis von zwei zu eins stehen. Oder die obligatorische Teilnahme aller Kader an der produktiven Arbeit, die ständige Rotation der Kader zwischen Verwaltungsarbeit und Tätigkeit an der Basis. Ein weiteres Mittel in diesem Sinn ist auch die Arbeiter- und Bauernkontrolle, die unzähligen Werktätigen eine ganz unmittelbare Teilnahme an der Leitungstätigkeit ermöglicht und die Kader in allen Bereichen einer besonders effektiven Kontrolle durch die Basis unterwirft.

Das ist der wirkliche Sozialismus, der keine Krise und schon gar nicht den Bankrott kennt, vor dem heute Polen und andere Länder der kapitalistisch-revisionistischen Welt stehen. Die Reaktionäre im Westen schreien angesichts der polnischen Misere vom Bankrott des Kommunismus. Aber es ist doch nur ein nach ihrem eigenen Vorbild gebildetes Ausbeutensystem, das dort am Untergang steht und von der kämpfenden Arbeiterklasse hart bedrängt wird. Und was die polnische Misere betrifft, so haben die westlichen wie auch die sowjetischen Imperialisten kräftig daran mitgewirkt. Die letzteren haben Polen ihrem Herrschaftsbereich einverleibt. Sie bluten das Land durch ungleiche Wirtschaftsverträge und andere Methoden der Ausplünderung aus.

Die westlichen Imperialisten haben Polen in der Schlinge ihrer Kreditpolitik gefangen. Für die Zinsen müssen die polnischen Arbeiter schuften, zur Begleichung der Zinsen verschlingt der Export einen immer größeren Teil der landwirtschaftlichen und industriellen Güter, die im Land selbst so dringend gebraucht werden. Wie ein Ertrinkender nach dem Strohalm greift Gierek gegenwärtig nach neuen Milliardenkrediten, nur um den Schuldendienst für die alten aufrechterhalten zu können.

Albanien dagegen hat sich niemals in die Schlingen der Imperialisten aus West oder Ost

begeben. Hier ist die Annahme von kapitalistischen Krediten ebenso wie die Vergabe von Konzessionen an das ausländische Kapital sogar von der Verfassung verboten. Die Wahrung der vollständigen Unabhängigkeit, der kompromißlose Bruch mit allen, die diese Unabhängigkeit antasten wollten, wie etwa die russischen oder chinesischen Revisionisten, die uneingeschränkte Verwirklichung des marxistisch-leninistischen Prinzips vom Vertrauen auf die eigenen Kräfte — das waren und sind wichtige Voraussetzungen für die bewundernswerten Leistungen des sozialistischen Albanien.

## Der Sozialismus ist die einzige Perspektive

Die bürgerliche Propaganda stellt heute als Ausweg aus der polnischen Misere die weitere „Liberalisierung“ des Landes hin. Darunter versteht sie zum einen die Ausweitung des Betätigungsfeldes der offenen Konterrevolution, der Kirche und verschiedener Dissidentengruppen. Zum anderen meint sie damit eine weitere Umgestaltung des polnischen Systems in Richtung solcher offenen Formen des Kapitalismus, wie sie von Dubcek geplant oder von Tito verwirklicht wurden. Und man kann sicher sein, daß die westlichen Imperialisten all den Einfluß, den ihnen die revisionistischen Cliquen in Polen eingeräumt haben, aufwenden werden, um die Entwicklung in diese von ihnen gewünschte Entwicklung voranzutreiben. Ihre Sympathieumgebungen für die polnischen Arbeiter sind dabei nur eine Maske, hinter der sich die Ausweitung ihrer imperialistischen Raubinteressen verbirgt. Sie werden jetzt Gierek mit neuen Krediten „stützen“, aber sie werden ihm auch ihre wirtschaftlichen und politischen Bedingungen diktieren. Langfristig bleibt ihr Ziel dabei, die sowjetischen Konkurrenten aus Polen zu vertreiben und dieses Land ihrem eigenen Herrschaftsbereich einzugliedern.

Und das alles soll eine Perspektive für die polnische Arbeiterklasse, für das polnische Volk sein? Weder unter dem sowjetischen Militärtiefel noch mit einer „Liberalisierung“ im westlichen Sinne können sie ihre grundlegenden Interessen verwirklichen. Es bleibt nur ein Weg, eine wirkliche Alternative zur gegenwärtigen Misere: Nur der Sozialismus kann Polen retten! Die polnische Arbeiterklasse, die über eine große Kampftradition verfügt und jetzt in machtvoller Geschlossenheit der neuen kapitalistischen Bourgeoisie gegenübersteht, muß im engen Bündnis mit den übrigen Volksschichten wieder den Weg der sozialistischen Revolution beschreiten. Die Ereignisse der letzten Wochen, die von der westlichen Propaganda für eine schamlose antikommunistische Hetze ausgenutzt wurden, haben doch nur das bestätigt, was wir Kommunisten seit jeher über die historische Rolle und die Unbesiegbarkeit der Arbeiterklasse sagen. Wenn sich dieses polnische Proletariat erneut seine kommunistische Partei als Kampfstab schafft, wird es fähig sein, die Diktatur der Bourgeoisie und ihrer Moskauer Oberherren zu stürzen und wieder seine Klassenherrschaft zu errichten. Das sozialistische Albanien wird dabei auch den polnischen Arbeitern Vorbild und Orientierungspunkt sein.

Detlef Schneider

Im Juli 1980

# Rekordarbeitslosigkeit in der Europäischen Gemeinschaft

Ohne Ausnahme nimmt die Arbeitslosigkeit in allen Ländern zu

BRÜSSEL.— Der Juli dieses Jahres zeigte nicht nur in der Bundesrepublik, daß sich die wirtschaftliche Krise der westlichen kapitalistischen Länder vertieft. In allen Mitgliedsländern der EG nahm die Arbeitslosigkeit stark zu. 6,7 Millionen Arbeitslose gab es offiziell im letzten Monat in den EG-Ländern.

Das sind 430 000 mehr als noch einen Monat zuvor und 780 000 mehr als im Juli des Vorjahres. Im Vergleich zum Vorjahr nahm die Arbeitslosigkeit am stärksten in Britannien zu, um fast 30 Prozent. Dort sind jetzt, zum ersten Mal seit 1935 wieder, über zwei Millionen Menschen ohne Arbeit, was eine Quote von rund 9 Prozent ausmacht. In Dänemark (18,3 Prozent), den Niederlanden (17,6 Prozent), Irland (15,6 Prozent), Belgien (8 Prozent) und Italien (7,2 Prozent) war die Zunahme stärker als in der Bundesrepublik (6,2 Prozent), in Frankreich (5,8 Prozent) und Luxemburg (1,8 Prozent) war sie niedriger.

Die bisher stärkste Zunahme der Arbeitslosen innerhalb der EG war im Jahre 1975 zu verzeichnen gewesen, als die Quote der Arbeitslosigkeit von 2,9 Prozent auf 4,3 Prozent anstieg. Seitdem ist sie jedes Jahr angestiegen, im letzten Jahr von 5,6 Prozent auf 6,2 Prozent. Diese Zahlen sind der statistische Ausdruck für die größte Arbeitslosigkeit, die es seit Gründung der EG, als EWG im Jahre 1957, in Europa gegeben hat.

Ausgehend vom Jahr 1973 zeigen die offiziellen Zahlen bereits eine deutliche Verschlechterung der Lebenslage der Werktätigen in den EG-Staaten in diesen sieben Jahren. Die Teuerung betrug in diesem Zeitraum 115 Prozent, die Zunahme der Arbeitslosigkeit gar 125 Prozent.

Während die westliche Propaganda sich auf die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der kapitalistischen Ostblockstaaten konzentriert, beginnen die Propagandadosungen des „Wohlstandes“, der „Konsumgesellschaft“ immer mehr zu verblassen. Wie in der Bundesrepublik, so versucht auch in anderen Ländern die Kapitalistenklasse mit beschönigender Propaganda die Werktätigen zu

verwirren. So unterschlägt die offizielle französische Statistik rund 400 000 Arbeitslose, in Britannien werden rund 100 000 Menschen ohne Arbeit unterschlagen, insgesamt in der EG über eine Million. Nach Angaben der europäischen Gewerkschaften beträgt die wirkliche Zahl der Arbeitslosen in der EG nicht 6,7 sondern fast 8 Millionen, ist ungefähr jeder Zwölfte ohne Arbeit.

Die Rationalisierungskampagne, mit der die Monopole Europas der wirtschaftlichen Krise begegnen wollen, führte seit 1973 zu einem Anstieg der Produktivität je Arbeiterstunde um 6 Prozent. In den 13 Jahren davor, ab 1960, betrug die Produktivitätszunahme rund 3 Prozent! Die offiziellen Lohnkosten je Produkteinheit wurden auf diese Weise in den letzten vier Jahren um 5,5 Prozent gesenkt, in der Bundesrepublik um 2,4 Prozent.

Was die Bruttolöhne der Industriearbeiter betrifft, in Europäischen Rechnungseinheiten ausgedrückt (ERE), so lag die Bundesrepublik im Jahre 1972 mit 2,12 an zweiter Stelle hinter Dänemark (2,40) und knapp vor Luxemburg (2,08), klar vor den Niederlanden (1,86) und Belgien (1,81). Bereits im Jahre 1978 war die Bundesrepublik mit 4,76 auf den vierten Platz zurückgefallen, hinter Dänemark (5,98), Luxemburg (5,27) und Belgien (4,89), knapp vor den Niederlanden (4,72) — inzwischen sind die Löhne der westdeutschen Industriearbeiter auch hinter jene der niederländischen Nachbarn zurückgefallen. Am schlechtesten bezahlt wurden die Arbeiter Italiens, die 1978 2,50 ERE erhielten, Britannien mit 2,59 und Frankreich mit 3,05 ERE. Im Vergleich zu 1973 stiegen die nominalen Bruttolöhne um 101 Prozent an, verglichen mit der Teuerungsrate von 115 Prozent ergibt dies im Durchschnitt der EG-Staaten eine Senkung des Bruttolohnes um 14 Prozent.

Rechnet man dazu noch die Steuererhöhungen ein, die zum Beispiel im Jahre 1979 allgemein in allen EG-Ländern durchgeführt wurden (in der Bundesrepublik die Mehrwertsteuer), so ergibt sich eine weitere Senkung des Lebensstandards der europäischen Industriearbeiter.

Bereits in den beiden letzten Jahren haben die Regierungen aller EG-Staaten einen Kurs der Kürzung der sozialen Ausgaben, der Steigerung der Rüstungsausgaben und der Bescheidung der Versicherungsrechte der Werktätigen gesteuert. Diese sogenannten Sparprogramme, die in jenen Ländern mit konservativer Regierung, wie in Britannien und Frankreich, am offensten verfolgt wurden, ist heute, das kann man allein aus den offiziellen Angaben ersehen, vollständig gescheitert.

Gerade die Politik der britischen Thatcher-Regierung, mit ihrer offenen Arbeiterfeindlichkeit zum Leitbild der reaktionären Parteien Westeuropas geworden, zeigt weiter verstärkte Teuerung und sprunghaft gestiegene Arbeitslosigkeit als das wahre Ergebnis dieser Sparprogramme. Weniger Lohn und weniger Arbeit bei mehr Produktion, das ist der Kurs, den sich die europäischen Monopollen wünschen, die überdies ihren Ausweg auch in einer ständig verstärkten Militarisierung der Produktion sehen.

Mit der weltweit einsetzenden Autokrise, der sich wieder verschärfenden Stahlkrise und der ebenfalls beginnenden Krise in verschiedenen Bereichen der Chemieindustrie sowie der andauernden Teuerung wird sich die Lage der arbeitenden Menschen in der EG weiter verschlechtern. In verschiedenen Ländern, wie in Frankreich und Belgien, ist deshalb von neuem der Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit aufgenommen worden, als ein Mittel, Arbeitsplätze zu verteidigen.

weigerte sich, unter Berufung auf die EG-Richtlinien, den Dieselpreis zu subventionieren, und setzte stattdessen die Kriegsmarine ein.

Trotz verschiedener beschönigender Berichte in westdeutschen Zeitungen geht aber aus Nachrichten aus Frankreich selbst hervor, daß die Marine mit äußerster Brutalität vorgeht, Fischkutter rammt und in den Häfen mehr als 50 Menschen verletzte.

Zu Beginn der letzten Woche wurden Sondereinheiten der in Frankreich seit langem berüchtigten „schwarzen“ CRS-Polizei in die bretonischen und normannischen Hafenstädte bis hin zum Languedoc entsandt, die mit der Kriegsmarine koordiniert den Widerstand brechen sollen.

Die Gewerkschaften haben dagegen für die letzte Augustwoche die Hafenarbeiter Frankreichs zu Solidaritätsstreiks aufgerufen, die auch im bis dahin ruhigen größten Hafen Frankreichs, in Marseille, bereits befolgt wurden.

Bis heute hat die Regierung Barre keinerlei Bereitschaft zu irgendwelchem Einlenken oder zu Zugeständnissen gemacht.



Kundgebung der Tagelöhner von Marinaleda vor ihrem Hungerstreik

Hungerstreik in Marinaleda

## Andalusische Landarbeiter kämpfen ums Überleben

SEVILLA.— Rund ein Drittel der Einwohner des andalusischen Dorfes Marinaleda beteiligte sich am 9tägigen Hungerstreik der Tagelöhner. Der Gipfel eines Eisberges, denn in Marinaleda ist die allgemeine miserable Lage der andalusischen Tagelöhner besonders zugespitzt. Mehr als die Hälfte der 600 Familien des Dorfes ist seit sieben Monaten ohne Arbeit. Eine Arbeitslosenversicherung gibt es nicht. Nach verschiedenen anderen Aktionen griff man jetzt zum Mittel des Hungerstreiks.

400 Tagelöhner, „Jornaleros“, gibt es im Dorf, 400 000 sind es in ganz Andalusien, deren Familien rund zwei Millionen Menschen umfassen. Andalusien ist der ärmste Landstrich Spaniens, dort ist die Landwirtschaft in den Händen der Großgrundbesitzer der wichtigste Wirtschaftszweig. Was Marinaleda betrifft, so leben 400 Familien, also zwei Drittel, von der Tagelöhnerarbeit, 60 Familien, sind landbesitzende Kleinbauern, die anderen sind Bauarbeiter und Ladenbesitzer.

In 33 benachbarten Dörfern, vereinzelt auch in ganz Andalusien, vor allem aber in der Provinz Sevilla, hat es Solidaritätsaktionen der Tagelöhner gegeben, die immer entschlossener die Forderung nach einer Landreform erheben. Die Landarbeitergewerkschaft SOC organisierte diese Aktionen.

Die Situation der andalusischen Landarbeiter hat sich in diesem Jahr aus zwei Gründen weiter verschlechtert und sie an den Rand des Verhungerns getrieben. Zum einen hat die Regierung die Ausgaben für Gemeinschaftsaufgaben in notleidenden Dörfern gekürzt. Dies war ein erkämpftes Zugeständnis aus früherer Zeit gewesen, eine Art Ersatz für die verweigerte Arbeitslosenversicherung. Marinaleda erhielt dabei im letzten Jahr rund 350 000 Mark, für 1980 nur noch 200 000 Mark. Dies ist eine Folge der Spanien von der EG für den Beitritt diktierten Bedingungen, die gesamte spanische Landwirtschaft effektiver zu machen. Damit wird auch das Streben der Großgrundbesitzer unterstützt, die Produktion zu ändern. Seit Mitte der sechziger Jahre werden zunehmend Ma-

schinen für Erntearbeiten eingesetzt, jetzt auch in der seither besonders personalaufwendigen Olivenenernte. Wieder andere Großgrundbesitzer sind dazu übergegangen, die Olivenanpflanzungen überhaupt zu stoppen, um stattdessen die staatlich subventionierten Sonnenblumen anzubauen.

Gerade solche Besitzungen sollen jetzt besetzt werden, die SOC bereitet solche Aktionen vor. Unter dem Eindruck des Hungerstreiks und der drohenden Landbesetzungen sagte jetzt Arbeitsminister Sanchez Teran eine weitere staatliche Hilfe von 90 000 Mark zu, um die Hungersnot wenigstens bis zur nächsten Olivenenernte im Winter zu vermeiden — ein Sieg für die Jornaleros, die damit die Pläne der Regierung durchkreuzten und sich Essen verschafften.

Der Verband der Großgrundbesitzer, Asaga, reagierte gespalten. Die Faschisten, die den Verband früher führten, verlangten nach altem Muster den Einsatz der Guardia Civil gegen die Jornaleros. Die neue, liberale Führung des Verbandes, in der Provinz Sevilla, begab sich in Verhandlungen. Nicht mit der SOC, die ihnen zu radikal ist, sondern mit der sozialdemokratisch geführten UGT und den revisionistisch geführten Arbeiterkommissionen. Der Präsident der Asaga, de la Puerta, unterzeichnete mit diesen beiden Gewerkschaften ein Grundsatzabkommen, nach dem in allen Gemeinden ein „sozialer Anbauplan“ diskutiert werden soll. „Sozialer Anbau“ heißt hier solche Produkte wie Baumwolle, Zuckerrüben, Trauben und Oliven, die in Andalusien viele Arbeits-

kräfte zum Ernten benötigen. Dieses Abkommen wird von der SOC, der größten Gewerkschaft abgelehnt, weil es nur leere Versprechungen und keinerlei Verpflichtungen beinhaltet.

In der Provinz Sevilla gibt es rund eine Million Hektar Anbaufläche im Besitz der Großbauern. In dieser Provinz arbeiten rund ein Viertel der andalusischen Tagelöhner, etwa 95 000. Außerdem arbeiten dort 35 000 landbesitzende Kleinbauernfamilien. Eine Landreform in dieser Provinz, wie in ganz Andalusien, würde den Richtzahlen der Regierung für sogenannte lebensfähige Betriebe widersprechen. Dieser Kampf wird sich also nicht nur gegen die Großgrundbesitzer, sondern auch direkt gegen die Regierung richten müssen, wenn er erfolgreich sein soll.

Die Landarbeitergewerkschaft SOC betont gegen das Argument der zu kleinen Höfe, was vordergründig als Argument gegen eine Landreform eingebracht wird, die Bereitschaft des Großteils ihrer Mitglieder, die Produktion in landwirtschaftlichen Kooperativen zu organisieren.

Auch dies eine Perspektive, die sich klar und eindeutig gegen den Kurs der Regierung in Madrid, die von der SOC als der wirkliche Gegner gesehen wird, richtet. Die Madrider Regierung hatte bereits den Notplan der andalusischen Regionalregierung beiseite gewischt und auf ihrem Konzept der Sanierung der Landwirtschaft beharrt, der die Vertreibung und Aushungerung der Landarbeiter bedeutet. Der Kampf im spanischen Armenhaus wird weitergehen.

Neue Hafenblockade in Frankreich

## Französische Kriegsmarine im Einsatz gegen Fischer

Brutal soll der Kampf gebrochen werden

LE HAVRE.— Seit Juli dauern die Auseinandersetzungen in den französischen Nordseehäfen an und haben inzwischen, nachdem am Montag, den 25. August die Hafenblockade wieder aufgenommen wurde, auch die Atlantikhäfen sowie einige Mittelmeerbahnen und Korsika erfaßt.

Nach dem Regierungsbeschluß über den Einsatz der Kriegsmarine gegen die Fischer war am Sonntag, den 24. August eine Delegation der Gewerkschaft CGT auf dem Wege zu Verhandlungen mit dem Verband der Großbreedereien von der Gendarmerie festgenommen worden, worauf die Blockade der Häfen wieder aufgenommen wurde.

Der Kampf hatte begonnen, als Seeleute der CGT und der CFDT gegen den Plan der Großbreeder protestiert hatten, auf ihren Fischkuttern die Besatzungen von 22 auf 18 Mann zu senken. Die gestiegenen Kraftstoffpreise wurden als Begründung dafür genannt. Beide Gewerkschaften riefen darauf-

hin zum Streik der angestellten Fischer auf und boten den 20 000 privaten Fischern an, gemeinsame Aktionen zu unternehmen, um die Regierung zu einer finanziellen Unterstützung für die kleinen Fischer und Arbeitsplatzzusagen für die Seeleute zu zwingen. Der französische halbstaatliche Ölmulti Compagnie Française des Pétroles (CFP) hatte seit dem letzten Jahr den Preis für Schiffsdiesel um mehr als 40 Prozent erhöht, Großabnehmern aber Rabatte bewilligt — also den Großbreedereien. Gegen diese und gegen die Regierung richteten sich denn auch die Blockadeaktionen vor allem, ihr Umsatz sank um 1,5 Millionen Franc täglich. Die Regierung

Aufschlußreiche Bemerkung der „Prawda“

## Sowjetunion bezeichnet sich als Mittelmeermacht

Gleiche Argumente wie die USA benutzt

MOSKAU.— In einem Artikel, der am Dienstag vergangener Woche in der Zeitung der Moskauer Revisionisten, „Prawda“, erschien, wird die UdSSR ganz offen als Mittelmeermacht bezeichnet. Die Argumente, um diesen Großmachtsanspruch zu begründen, gleichen denjenigen, die die USA in solchen Fällen benutzen, aufs Haar.

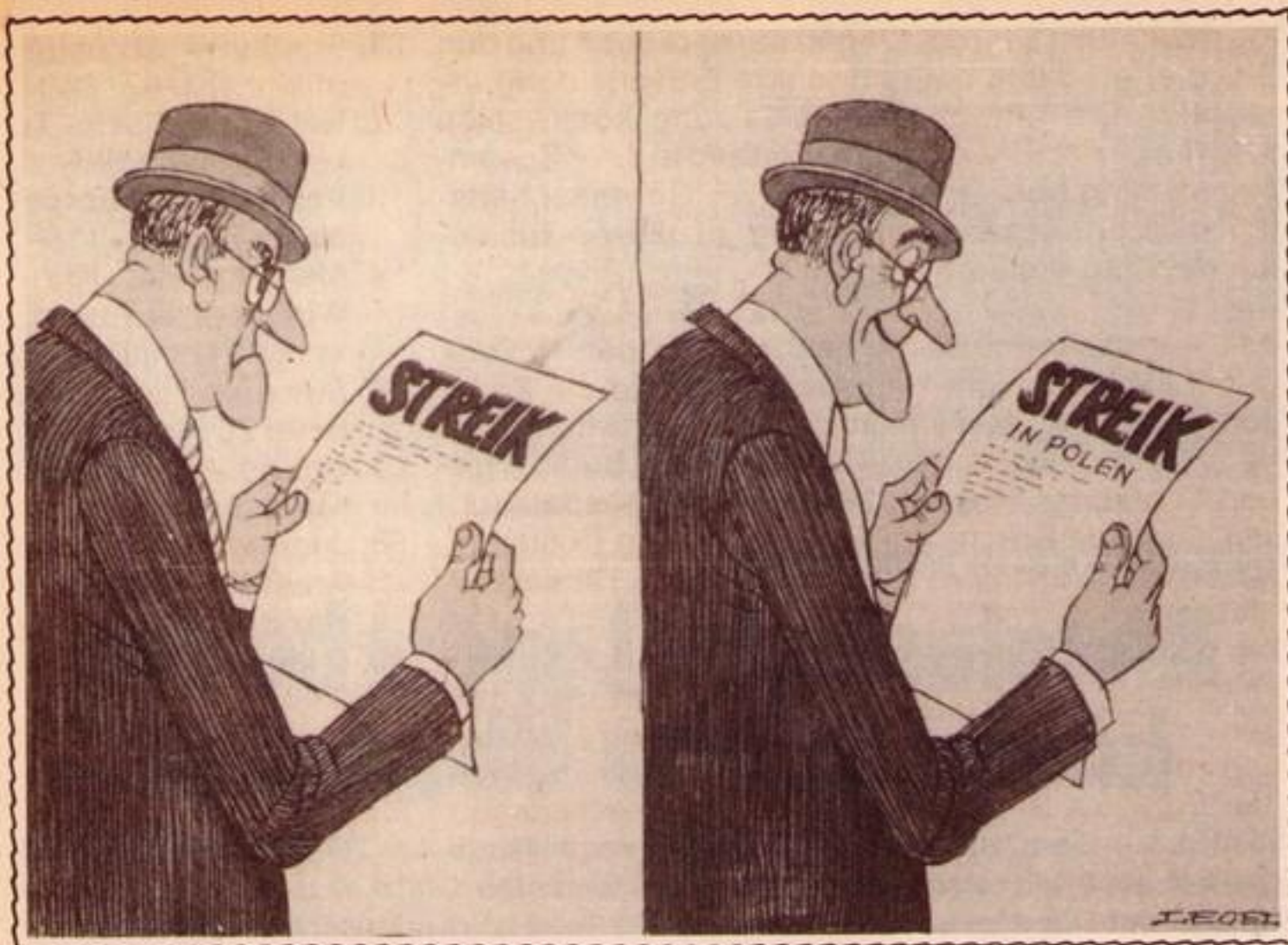
Das Mittelmeer grenze ans schwarze Meer, dieses sei die Südgrenze des europäischen Teiles der UdSSR. Deshalb könne das Mittelmeer kein der UdSSR verschlossenes Meer sein. Deshalb auch sei die UdSSR eine an allen Mittelmeerregungen interessierte Macht. So werden kommentarlos verschiedene Vorschläge, das Mittelmeer zu entmilitari-

sieren, beiseite gewischt und der Anspruch erhoben, neben der amerikanischen auch die sowjetische Kriegsmarine dort heimisch werden zu lassen. Mit einer solchen Begründung kann man Kriegsschiffe auf alle Weltmeere entsenden.

Wem das nicht genügt, dem wird noch ein zweites Argument nachgeliefert, das denselben imperialistischen Charakter

hat. Zahlreiche Handelswege der UdSSR zu allen Kontinenten führten durch das Mittelmeer, auch deshalb sei die UdSSR eine Mittelmeermacht. Wen erinnert dieses Argument nicht an die Drohung Carters gegen den Iran, der Golf von Persien sei amerikanische Sicherheitszone, an die imperialistische Propaganda vom Krieg ums Öl. Bei der UdSSR wäre das in diesem Falle der Krieg um den freien Handel.

Längst vergessen sind in Moskau jene Tage, da die sowjetische Außenpolitik in der UNO verschiedene konkrete Anträge entweder selbst einbrachte oder aber unterstützte, das Mittelmeer zum „Meer des Friedens“ zu machen. Das freilich war zur Zeit, als die Stalinische KPdSU(B) die Außenpolitik der noch sozialistischen Sowjetunion anführte.



## Der Fall „Tscha Bum“

## Fußball brutal

Fußball ist ein Kampfsport. Einsatz, Kraft, Ausdauer, Beweglichkeit und Spielübersicht zeichnen den guten Fußballspieler aus. Allseitige Anforderungen, die nicht umsonst den Fußball weltweit zum Massensport Nummer eins gemacht haben. Wie in jedem Kampfsport sind auch hier Verletzungen nicht auszuschließen. Soweit, so gut.

Was aber vorletzte Woche in Leverkusen geschah, das hat alles bisher in der Bundesliga Dagewesene überboten: Die Wirbelsäulenverletzung des Koreaners Tscha Bum, hervorgerufen durch ein absichtliches Foulspiel seines Leverkusener Gegenübers. Glücklicherweise muß man sagen, fällt der Frankfurter Stürmer nur für lange Zeit aus — mit einigem

Pech hätte es auch Lähmung bedeuten können.

Nach den ersten beiden Spielen der diesjährigen Saison der Bundesliga war klar, Tscha Bum, schon bisher ein besonders guter Stürmer, ist in Hochform. Er war spielentscheidender Mann für die beiden Siege der Eintracht aus Frankfurt. Von harten Verteidigern hart gedeckt, machte er trotzdem seine Tore. Freitagabend vor dem Spiel in Leverkusen sagte noch einer zu mir: „Den hält nur, wer ihn umhaut.“ So dachten offensichtlich auch andere, und das bewies sich schon am nächsten Tag.

Jeder, der sich etwas auskennt im Fußball, oder auch nur im Sport überhaupt, kann beurteilen, daß dies ein absichtliches Foulspiel war, begangen,

um zu verletzen, um den Mann auszuschalten. Alles scheinheilige Getue, das jetzt in Leverkusen veranstaltet wird, täuscht darüber nicht hinweg.

Die von den Wirtschaftsfachleuten in den Vorständen betriebene Taktik, wer kein Tor hinnehmen muß, kann auch nicht verlieren, hat schon in den vergangenen Jahren immer wieder zu groben Fouls an Stürmern geführt.

Dies aber war ein Höhepunkt, ein zutiefst unsportliches Verhalten. Hauptsache, der Mann ist weg, egal, wenn er vielleicht gesundheitliche Schäden davonträgt. Und je mehr die Mauertaktik dazu führt, nur noch ein oder zwei Stürmer einzusetzen, um so öfter wird so etwas geschehen. Hauptsache, das „Unternehmen Bundesliga“ funktioniert und floriert. Dann schweigen sich auch die sonst so honorierten Herren des DFB aus...

## Carstens ehrt Udo Jürgens

## „... ein wenig Dankbarkeit“

Wer gedacht hat, der Bundespräsident („SA marschier...“) könne mit Kunst und Kultur nichts anfangen, der sieht sich getäuscht: Carstens kann. Vor nicht allzulanger Zeit hat er sogar dem Schlagersänger Udo Jürgens („Aber bitte mit Sahne...“) einen Brief geschrieben.

„Sehr geehrter Herr Jürgens“, schreibt Carstens, „über das Lied, das Sie am 16. Februar 1980 in der Kieler Ostseehalle in der Sendung ‚Ein Platz an der Sonne‘ gesungen haben, habe ich mich sehr gefreut. Sie haben damit das große Angebot unserer freiheitlichen Ordnung treffend gezeichnet und überzeugend zur Annahme dieses Angebots aufgefordert. Ich möchte Ihnen für dieses Lied

recht herzlich danken.“

Das Lied, das Carstens so in Entzücken versetzte, hört sich (auszugsweise) so an:

„Hör mir zu  
meinst du nicht  
du es wäre endlich Zeit  
für ein wenig Dankbarkeit?“

Du verkriechst dich und sagst  
du siehst nirgends ein Ziel.  
Schau dich um auf der Welt,  
auf dich wartet so viel.  
Es gibt Menschen, die würden

gern  
tauschen mit dir,  
es liegt sehr viel auch an dir...

Ja, du lebst, wo die Freiheit ein  
Wort

nicht nur ist.  
Ist das nichts — ist das nichts —  
ist das wirklich nichts?

Hör mir zu  
meinst du nicht  
du es wäre endlich Zeit  
für ein wenig Dankbarkeit.

Hör mir zu  
meinst du nicht  
du es wäre endlich Zeit  
für ein wenig Dankbarkeit.“

Jede gesellschaftliche Ordnung findet genau den künstlerischen Ausdruck zu ihrer Verherrlichung, den sie verdient. Der Bundesrepublik hat sich ein Udo Jürgens angenommen. Was muß das für eine „freiheitliche Ordnung“ sein, wenn der Schwachsinn à la Jürgens ihr „treffender“ und „überzeugender“ Ausdruck ist und wenn obendrein noch der Bundespräsident persönlich sich herausfordert fühlt zu einem Dankeschreiben für dieses Lied.

## Für den Profit der Pharmakonzerne

## Versuche mit Kindern

## Kieler Arzt testete Antibiotika

Über zehn Jahre lang hat Professor Claus Simon, Oberarzt und Leiter des Bakteriologischen Labors der Universitäts-Kinderklinik in Kiel, unerlaubte und gefährliche Medikamentenversuche mit Kindern unternommen. Seine „Forschungen“ tätigte er im Interesse und im Auftrag der Pharmakonzerne.

Die Versuche des Herrn Simon erfolgten ohne Wissen und Genehmigung der Eltern, entgegen den Bestimmungen der Deklaration von Helsinki, die der Weltärztebund im Jahre 1964 festgelegt hat.

Neugeborene, Säuglinge, Kleinkinder und Schulkinder wurden in den Laboratorien des Herrn Simon innerhalb weniger Stunden bis zu zwölfmal hintereinander zur Ader gelassen, wenn Blut für Medikamentenversuche benötigt wurde. Die Kinder mußten hochwirksame Testpräparate auch dann schlucken, wenn die eigentliche Krankheit fast beendet war.

So wurde — nach einem Bericht aus dem Jahre 1971 — 35 Kindern im Alter von vier bis zehn Monaten bzw. zwei bis vier Jahren, die kurz vor ihrer Entlassung aus der Klinik standen, das für schwere Infektionen bestimmte Präparat Carbenicillin in die Venen gespritzt. In den darauffolgenden Stunden wurde jedem Kind sechsmal mit einer Nadel in den Fußballen gestochen und Blut abgenommen. Im Labor wurde dann untersucht, wie das Medikament im Blut wirkt. „Außerdem“, so Professor Simon, „sollten Erfahrungen über die Verträglichkeit von Carbenicillin bei höherer Dosierung gewonnen werden.“ — An den Kindern wurde ausprobiert, in welcher Dosierung diese Substanz bei den seltenen schweren infektiösen Verbrennungen an Kindern angewendet werden muß. Simon testete die Wirksamkeit des Präparats aber nicht nur bei Kindern, die kurz vor der Entlassung standen, sondern auch bei zehn schwer herz- und nierenkranken Patienten.

1973 untersuchte er an 35 Säuglingen, Klein- und Schulkindern Antibiotika-Präparate wie Pivampicillin und Amoxycillin, deren Nebenwirkungen zu diesem Zeitpunkt noch gar nicht genau bekannt waren. Die Medikamente waren noch nicht einmal im Handel. Mittlerweile hat sich herausgestellt, daß die Einnahme nicht risikolos ist.

An sieben Säuglingen, 13 Klein- und sechs Schulkindern probierte Simon das hochwirksame Medikament Gentamycin aus, das bei zu hoher Dosierung zu Taubheit führen kann.

Bereits in den Jahren 1974 und 1976 war Simon von Kieler Wissenschaftlern und Ärzten auf die Ungesetzlichkeit und Unhaltbarkeit seiner Versuche hingewiesen worden. Simon ließ sich dadurch nicht stören, wurde er doch von allerhöchsten Stellen protegiert. Noch



Professor Simon

kürzlich bescheinigte ihm der schleswig-holsteinische Kultusminister Bendixen, daß seine Versuche „stets im Rahmen einer notwendigen ärztlichen Behandlung“ vorgenommen worden seien.

Daß dieser Arzt seine Kinderversuche ein Jahrzehnt lang unbehelligt durchführen konnte, kommt nicht von ungefähr: Simon experimentierte im Auftrag und im Interesse der großen Pharmakonzerne. Er setzte die Gesundheit der Kinder skrupellos aufs Spiel für den Profit dieser Kapitalisten — und zu seinem eigenen Schaden wird es wohl auch nicht gewesen sein.

## Aufgelesen

„Rex Gildo präsentiert seine neue LP: Hallo Jamaica, beinhaltet keine Negativ-Texte etwa über das Elend der Dritten Welt, sondern zwölf Songs voller Farben und Lebensfreude, so wie sie sich die Millionen erträumen, die Jahr für Jahr in tropische Gefilde jetten.“

Aus dem Informationsdienst der „Ariola“-Presseabteilung



Samstag, 6. September, 20.15 Uhr, ARD

**Der zerbrochene Krug.** Lustspiel von Heinrich von Kleist. — Kleists realistisches Meisterwerk „Der zerbrochene Krug“ ist eines der besten deutschen Lustspiele; es liefert — wenn auch die Handlung „in einem niederländischen Dorfe“ angesiedelt ist — ein Bild der Zustände in Preußen vor dem Zusammenbruch von 1806; es geißelt die verrottete patriarchalische Gerichtsbarkeit, die Unterdrückung der Bauern, die Bestechlichkeit der Behörden etc. Das Lustspiel, das eine Fülle lebensvoller Charaktere auf die Bühne bringt, wurde 1808 uraufgeführt.

Sonntag, 7. September, 22.10 Uhr, ARD

**Die Moritat vom unbekannten Weill.** Von Barrie Gavin und Alexander Goehr. — Weill komponierte nicht nur die Dreigroschenoper. Er schrieb auch zwei Sinfonien, ein Violinkonzert und zahlreiche andere Werke. Erst in den vergangenen Jahren wurden verschollene Partituren gefunden. Die Sendung will helfen, den unbekannten Weill zu entdecken.

Dienstag, 9. September, 21.45 Uhr, West III

Vor Ort: Paderborn. Bauernaufstand gegen Industrieannektion. Sendung von Jörg Hoffmeister.

Mittwoch, 10. September, 20.15 Uhr, ARD

**Trauer um einen verlorenen Sohn.** Szenisches Protokoll eines kurzen Lebens. — Der 23jährige Fixer Klaus E., nach einem Apothekeneinbruch zu Gefängnis verurteilt, versuchte sich nach der Verhandlung in München den Weg aus dem Justizpalast freizuschleusen und wurde dabei selbst erschossen. — Diese Begebenheit aus dem Jahr 1978 nahm der Autor Edmund Wolf zum Anlaß, das Schicksal des Süchtigen in einem dramatischen szenischen Protokoll nachzuzeichnen. Zwischen den Spielszenen kommen authentische Zeugnisse zu Wort — die Eltern, eine Freundin, Richter und Drogenberater.

Donnerstag, 11. September, 20.15 Uhr, Nord und Hessen III

**Straßenmusik.** Spielfilm aus dem Jahr 1936 mit Karl Valentin. Regie: Hans Deppe.

## Wie sich die Bilder gleichen!



München 1980

BERLIN, ca. 1938

## Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD und der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

4800 Bielefeld 1, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17-18, Do 17-18.30, Sa 10-12 Uhr.

4630 Bochum, Parteibüro der KPD, Dorstener Str. 86.

2800 BREMEN (Walle), Buchladen „Roter Morgen“, Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421/393888, geöffnet: Mo-Fr 17-18, Sa 10-12 Uhr.

6100 DARMSTADT, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Neue Zeit“, Kasinostr. 55, geöffnet: Di, Do u. Fr 18-19.30, Mi 12-13.30, Sa 10-13 Uhr.

4600 DORTMUND 1, Parteibüro der KPD, Stollenstr. 12, Eingang Clausthaler Str., Tel.: 0231/832328, geöffnet: Mo., Mi., Fr 17-19 Uhr.

4100 DUISBURG 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzger Str. 24, Tel.: 0203/443014

6000 FRANKFURT (Bockenheim), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchhandlung Richard Dröge, Kurfürstenplatz 34, Tel.: 069/771200, geöffnet: Mo-Fr 10-13.30 und 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

7800 Freiburg, Parteibüro der KPD, Klarast. 29, geöffnet: Sa 10-13 Uhr.

2000 HAMBURG 6, Buchladen „Roter Morgen“, Schulterblatt 98, Tel.: 040/430709, geöffnet: Mo-Fr 15-18, Fr 11-13, Sa 9-12 Uhr.

ZENTRALEKOMITEE DER KPD, REDAKTION Roter Morgen, 4600 Dortmund 30, Wellingerhof Str. 103, Tel.: 0231/433691 und 433692.

3000 Hannover, Parteibüro der KPD, Elisenstr. 20, Tel.: 0511/445162, geöffnet: Sa 10-14 Uhr.

7500 HEILBRONN, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Ernst-Thälmann-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di 17-19 Uhr.

7500 KARLSRUHE 1, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Linkskurve“, Goethestraße 25b (Nahe Kaiseralle), geöffnet: Di-Fr 17-18.30, Sa 11-13 Uhr, Tel.: 0721/848408.

2300 KIEL 1, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431/567702, geöffnet: Mo, Di und Fr 9-13 und 15-18, Mi 9-13, Do 9-13 und 15-18, Sa 10-13 Uhr.

4000 KÖLN 30, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Treff- und Lesestube „Neue Zeit“, Mühlenstr. 37a, Tel.: 0221/554956, geöffnet: Mo-Fr 17-18.30 Uhr.

8500 NÜRNBERG, Parteibüro der KPD, Humboldtstr. 103, Tel.: 0911/438043, geöffnet: Mi-Fr 16-18 Uhr, Sa 11-13 Uhr.

7000 STUTTGART 1, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711/432388, geöffnet: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

SEKTION WESTBERLIN, 1000 Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen“, Sprengelstr. 40, Tel.: 030/4653966, geöffnet: Mo-Fr 15-18, Sa 10-13 Uhr.